

Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe

INHALT:

Editorial Seite 132

GI Aktuell Seite 132

GI Leitsätze Seite 133

Verjährung, Anwaltsregress Seite 134

Prozessfehler, unterlassene Dürftigkeitseinrede /
Schadeneinheit oder selbstständiger Schaden? / Wirkung
der Streitverkündung
(BGH, Urt. v. 21.2.2002 - IX ZR 127/00)

Wiedereinsetzungsantrag Seite 138

Widersprüchlicher Sachvortrag
(BGH, Beschl. v. 17.2.2002 - VII ZB 32/01)

Steuerberaterhaftung Seite 139

Belehrungspflichten / Monatliche Auswertungen /
Steuerproblematik bei Umsatzprovisionen / Beratungsauftrag,
Honorarnote
(OLG Düsseldorf, Urt. v. 7.9.2001 - 23 U 34/01)

Wettbewerbsverbot Seite 142

Laufzeit: 7 Jahre / Mandantenschutz / Abfindungs-
vereinbarung / Nachvertragliche Treuepflicht
(OLG Stuttgart, Urt. v. 1.8.2001 - 20 U 55/01)

Steuerberaterhaftung Seite 145

Belehrungspflichten / Rücknahme des Einspruchs und
deren Folgen / Höhe der Produktionsverluste
(OLG Zweibrücken, Urt. v. 16.11.2000 - 4 U 286/99)

Versicherungsschutz Seite 147

Veruntreuung durch Mitarbeiter / Deckungsausschluss /
Verjährungsverzicht / Auslegung
(LG Köln, Urt. v. 28.2.2002 - 24 O 249/01)

Haftung des Unterbevollmächtigten Seite 151

Vertretung des Hauptbevollmächtigten / Regressanspruch
(LG Neuruppin, Urt. v. 20.7.2001 - 4 S 50/01)

GI Hinweise Seite 152

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis Seite 153



Editorial

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,
der Bundesgerichtshof befasst sich erneut mit **der Verjährungseinrede eines Rechtsanwalts** gegenüber dem Regressanspruch eines ehemaligen Mandanten. Hintergrund war die vom Anwalt in einem Prozess wegen Nachlassverbindlichkeiten vergessene Dürftigkeitseinrede (Haftungsbeschränkungsvorbehalt). Der Mandant wurde zunächst in einem Teilurteil zur Begleichung einer Verbindlichkeit und zwei Jahre später in einem Schlussurteil zu weiteren Zahlungen verurteilt. Der **Prozessfehler** des Anwalts führt zu einem ersten Schaden im Zeitpunkt des **Erlasses des Teilurteils**. Die Verjährung des durch das **Schlussurteil** entstandenen **weiteren Schadens** begann aber erst mit dessen Erlass. Die Besonderheit des Falles bestand darin, dass diese Forderung erst nach dem Teilurteil in den Prozess eingeführt wurde. Erst ab diesem Zeitpunkt bestand für den Anwalt die Möglichkeit, gegenüber der neu eingeführten Forderung die Dürftigkeitseinrede zu erheben. Das war ein **neuer Prozessfehler**, der einen **neuen Schaden** und eine **eigenständige Verjährungsfrist** in Gang setzte. In diesem Urteil äußert sich der BGH auch zum **notwendigen Inhalt einer Streitverkündungsschrift**. Der Anspruchsgrund muss im Einzelnen angegeben werden. Nur dann kann der Streitverkündete entscheiden, ob er dem Rechtsstreit beitreten will. Eine Konkretisierung von dessen Höhe ist dagegen nicht erforderlich.

Das OLG Düsseldorf zeigt erneut, wie wichtig es für einen Mandanten ist, den **Inhalt des Steuerberatungsvertrages** genau darzulegen und zu beweisen. Im konkreten Fall gab es eine **Rechnung** über DATEV-Kosten und 8 Stunden Beratung bei der Einrichtung der Buchführung und Einarbeitung. Der Mandant erhob einen Anspruch wegen des unterlassenen Hinweises auf die Gefahren einer Umsatzprovision und das Fehlen geeigneter Körperschaftsteuer-Vermeidungsstrategien. Das OLG suchte vergeblich nach einem Beratungsauftrag. Selbst wenn der Steuerberater die DATEV-Auswertungen auf Plausibilität hätte durchsehen müssen, wäre er nicht zur steuerrechtlichen Prüfung aller einzelnen Buchungsvorgänge verpflichtet gewesen. Das OLG gibt dem Mandanten auch zu bedenken, **dass offen geblieben ist, wie die verdeckte Gewinnausschüttung hätte vermieden werden können**. Eine rückwirkende Vertragsänderung wäre steuerrechtlich nicht anerkannt worden. Eine schlichte Erhöhung der Geschäftsführergehälter wäre an die Grenzen der Angemessenheit gestoßen.

Das OLG Zweibrücken wiederholt, dass **nicht jede Rücknahme eines Einspruchs zu Belehrungspflichten über nachteilige Folgen führt**. Das gehört zum Allgemeinwissen, welches beim Mandanten unterstellt werden kann. Hintergrund des Rechtsbehelfsverfahrens war ein Streit über die Größe der Produktionsverluste bei der Herstellung von Grillschinken im Betrieb des Mandanten. **Steuerrechtliche Fragen waren nicht streitig**. Der Mandant muss entscheiden, ob er die auf tatsächlichem Gebiet liegende Frage mit dem Finanzamt weiter „durchstreiten“ will. **Schätzt der Mandant dabei die Sachlage falsch ein**, kommt eine Haftung des Steuerberaters nicht in Betracht.



Mit freundlichen Grüßen
Ihr Dr. Jürgen Gräfe

GI Aktuell

BFH: Steuerfreiheit für geringfügige Beschäftigung kann bei anschließender Teil- oder Vollzeitarbeit für denselben Arbeitgeber wegfallen

Nach § 3 Nr. 39 des Einkommensteuergesetzes ist Arbeitslohn aus einer geringfügigen Beschäftigung steuerbefreit, wenn der Arbeitgeber nach bestimmten Vorschriften des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch Sozialversicherungsbeiträge entrichten muss. Zusätzliche Voraussetzung ist aber, dass die Summe der anderen Einkünfte des Arbeitnehmers nicht positiv ist.

Diese Voraussetzung kann – wie der Bundesfinanzhof jetzt mit Beschluss vom 26.3.2002 – VI B 1/02 entschieden hat – auch dann entfallen, wenn der Arbeitnehmer innerhalb des Kalenderjahres von einer geringfügigen zu einer Teil- oder Vollzeitwerbstätigkeit übergegangen ist.

Im entschiedenen Fall war eine Arbeitnehmerin nur bis Oktober 1999 geringfügig beschäftigt gewesen und hat danach als Halbtagskraft bei demselben Arbeitgeber bis zum Jahresende noch über 4.000 DM verdient. Damit war die Summe ihrer anderen Einkünfte positiv, was zum Wegfall der Steuerbefreiung führte.

Auch wenn mit der gesetzlichen Änderung der Vorschriften über die geringfügige Beschäftigung insbesondere bei Frauen der Neu- und Wiederzugang zu einer Berufstätigkeit gefördert und erleichtert werden sollte, spielt nach dem Gesetzeswortlaut keine Rolle, dass die schädlichen Einkünfte im Anschluss an die geringfügige Beschäftigung und beim selben Arbeitgeber erzielt worden sind.

(BFH, Beschl. v. 26.3.2002 – VI B 1/02)

Pressemitteilung d. BFH v. 24.4.2002

BFH: Unterlassene Belehrung führt zum Verwertungsverbot nur im Strafverfahren, nicht auch für die Besteuerung

Der Bundesfinanzhof (BFH) hat mit Urteil vom 23.1.2002 – XI R 10 + 11/01 entschieden, dass die anlässlich einer Betriebsprüfung durch Auskünfte des Steuerpflichtigen festgestellten Tatsachen auch dann im Besteuerungsverfahren zu berücksichtigen sind, wenn der Steuerpflichtige vor der Auskunftserteilung nicht darüber belehrt worden ist, dass er nicht verpflichtet sei, sich selbst wegen einer Steuerstraftat oder einer Steuerordnungswidrigkeit zu belasten.

GI Leitsätze

Die unterlassene Belehrung führt allein in dem im Hinblick auf die Auskünfte eingeleiteten Steuerstraßverfahren zu einem Verwertungsverbot.

Im Ausgangsfall hatte der Steuerpflichtige gegenüber dem Finanzamt unrichtige Angaben gemacht. Die Steuern waren dementsprechend – zu niedrig – festgesetzt worden. Im Rahmen einer Betriebsprüfung ergaben sich Anhaltspunkte für die Unrichtigkeit der Angaben. Der Prüfer fragte bei dem Steuerpflichtigen nach, ohne ihn nach § 393 Abs. 1 Satz 2 bis 4 der Abgabenordnung darüber zu belehren, dass er im Rahmen seiner Mitwirkungspflicht nicht gezwungen werden dürfe, sich selbst einer Straftat zu bezichtigen.

Der Steuerpflichtige berichtete seine Angaben. Das daraufhin gegen ihn eingeleitete Steuerstraßverfahren wurde eingestellt, da die Angaben mangels Belehrung einem Verwertungsverbot unterlägen. Der Steuerpflichtige berief sich auch im Besteuerungsverfahren auf ein Verwertungsverbot.

Der BFH folgte dem nicht. Es sei zu unterscheiden zwischen dem Straf- und dem Besteuerungsverfahren. Der Verfassungsgrundsatz, dass sich niemand selbst einer Straftat bezichtigen und daher insoweit belehrt werden müsse, betreffe nur das Strafverfahren. Mit dem verfassungsrechtlichen Grundsatz der steuerlichen Gleichbehandlung wäre es nicht zu vereinbaren, Auskünfte eines ehrlichen Steuerpflichtigen uneingeschränkt der Besteuerung zugrunde zu legen und Auskünfte eines einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit Verdächtigen steuerlich unberücksichtigt zu lassen.

Die Frage, ob dasselbe gilt, wenn sich ein Steuerpflichtiger durch Täuschung, Drohung oder ähnliche Mittel zur Mitwirkung verpflichtet fühlt, hat der BFH offen gelassen. Dafür bestanden im Streitfall keine Anhaltspunkte.

(BFH, Urt. v. 23.1.2002 – XI R 10 + 11/01)

Pressemitteilung d. BFH v. 24.4.2002

Anwalts- und Steuerkanzlei/Irreführender Briefkopf

Die in der Mitte des Briefkopfes einer Sozietät von Rechtsanwälten platzierte Kanzleibezeichnung „Anwalts- und Steuerkanzlei“ ist – isoliert betrachtet – grundsätzlich geeignet, bei einem nicht unerheblichen Teil der angesprochenen Verkehrskreise den unzutreffenden Eindruck zu erwecken, es handele sich um eine Kanzlei, in der neben Rechtsanwälten auch Steuerberater tätig sind. Diese Eignung zur Irreführung kann jedoch dadurch beseitigt werden, dass am rechten Rand des Briefkopfes die Kanzleimitglieder und ihre berufliche Qualifikation (hier: eines Fachanwalts für Steuerrecht) aufgelistet sind. (BGH, Urt. v. 19.4.2001 – I ZR 46/99, MDR 2002, 239)

Anwaltschaftung/Abfindungsvergleich/Belehrungspflichten

Ein Rechtsanwalt ist verpflichtet, über den Inhalt und die Tragweite eines Abfindungsvergleichs aufzuklären und insbesondere darüber zu belehren, dass Fehleinschätzungen über die künftige Entwicklung der Körperschäden zu den vom Mandanten zu übernehmenden Risiken gehören. Diese Belehrungspflicht ist in der Regel erfüllt, wenn der Mandant, der Art, Umfang und Zukunftsprognose hinsichtlich seiner Körperschäden kennt, sich darüber im Klaren ist, dass mit dem Vergleich alles abgegolten sein soll, denn dann ist ihm bekannt, dass die Ungewissheit hinsichtlich der künftigen Entwicklung seiner körperlichen Beeinträchtigungen zu den von ihm zu tragenden Risiken gehört.

(OLG Karlsruhe, Urt. v. 31.10.2000 – 7 U 269/96, OLG-Report 2001, 445)

Fehlerhafte Anwaltsberatung/Änderungskündigung/Arbeitsverweigerung auf anwaltlichen Rat/Fristlose Kündigung

Ein Arbeitnehmer, der eine Änderungskündigung unter Vorbehalt annimmt, ist zwar bis zur rechtskräftigen Entscheidung über die von ihm erhobene Änderungsschutzklage verpflichtet, zu den ihm angebotenen geänderten Bedingungen zu arbeiten, setzt aber keinen wichtigen Grund für eine außerordentliche Beendigungskündigung, wenn er dieses in Verkennung der Rechtslage auf anwaltlichen Rat verweigert.

(LAG Köln, Teilurt. v. 29.6.2001 – 11 Sa 143/01, MDR 2002, 221)

Verjährung, Anwaltsregress

- Prozessfehler, unterlassene Dürftigkeitseinrede
- Schadeneinheit oder selbstständiger Schaden?
- Wirkung der Streitverkündung
(BGH, Urt. v. 21.2.2002 - IX ZR 127/00)

Leitsätze:

1. Besteht das pflichtwidrige Verhalten eines Rechtsanwalts darin, dass er es im Prozess, in dem gegen seinen Mandanten als Erben eine Nachlassverbindlichkeit geltend gemacht wird, unterlässt, die Dürftigkeitseinrede zu erheben, so beginnt die Verjährung eines dadurch ausgelösten Schadenersatzanspruchs gegen ihn jedenfalls insoweit nicht bereits mit Erlass des ersten Gerichtsurteils, als der Regressanspruch sich aus erst später durch Klageerweiterung in den Prozess eingeführten - weiteren - Forderungen gegen den Nachlass ergibt.

2. Eine Streitverkündungsschrift muss das Rechtsverhältnis, aus dem sich der Anspruch des Dritten gegen den Streitverkündenden oder dessen Anspruch gegen jenen ergeben soll, unter Angabe der tatsächlichen Grundlagen so genau bezeichnen, dass der Dritte prüfen kann, ob es für ihn angebracht ist, dem Rechtsstreit beizutreten. Eine Konkretisierung des Anspruchs der Höhe nach ist nicht erforderlich.

3. Die verjährungsunterbrechende Wirkung der Streitverkündung tritt nicht ein, wenn und soweit auch vom Standpunkt der Streitverkündenden Partei aus der der Streitverkündung zugrunde liegende vermeintliche Anspruch durch den Ausgang des Rechtsstreits nicht beeinflusst werden kann.

Zum Sachverhalt:

Die Klägerinnen wurden als Erben in mehreren Prozessen auf Erfüllung von Nachlassverbindlichkeiten in Anspruch genommen. Im Rechtsstreit 24 O 2470/88 - LG Würzburg, in dem sie in beiden Tatsacheninstanzen von den jetzt verklagten Rechtsanwälten vertreten wurden, wurden sie zunächst durch **Teilurteil vom 6.8.1991** u.a. zur Zahlung von 339.493,48 DM zzgl. Zinsen verurteilt.

Nach Rechtskraft dieses Urteils - infolge Nichtannahmebeschlusses des Bundesgerichtshofs vom 6.7.1993 - erließ das Landgericht am **26.11.1993** ein **Schlussurteil**, durch das die Klägerinnen

zur Zahlung von weiteren 230.779,36 DM zzgl. Zinsen verurteilt wurden. Ferner wurde darin ihre Verpflichtung festgestellt, darüber hinaus rund 315.000 DM sowie Zinsen in bestimmten Raten zu zahlen. Dieses Urteil wurde Anfang Januar 1994 rechtskräftig.

Aufgrund des Feststellungsausspruchs wurden die Klägerinnen in vier weiteren Prozessen, in denen sie nicht mehr von den Beklagten vertreten wurden, zur Zahlung verurteilt. Im ersten dieser Prozesse, in dem ein Teilbetrag von 105.389,68 DM zzgl. Zinsen eingeklagt wurde, machten die Klägerinnen die Beschränkung ihrer Erbenhaftung auf den Nachlass geltend. In erster Instanz hatten sie damit Erfolg.

Das damalige Berufungsgericht ließ dagegen die Haftungsbeschränkungseinrede mit der Begründung nicht zu, sie hätte bereits im ersten Prozess gegenüber der Feststellungsklage erhoben werden müssen. Vorher hatten die Klägerinnen in jenem Rechtsstreit im August 1995 den Beklagten den Streit verkündet.

Die Revision gegen das Urteil des Oberlandesgerichts nahm der Bundesgerichtshof durch Beschluss vom 2.10.1996 nicht zur Entscheidung an. Auch in den folgenden Prozessen wurden die Klägerinnen vorbehaltlos verurteilt.

Mit der im jetzigen Rechtsstreit am 20.3.1997 eingereichten und am 2.4.1997 zugestellten Klage nehmen die Klägerinnen die Beklagten mit dem Vorwurf, diese hätten bereits im ersten jener Prozesse für die Aufnahme des Haftungsbeschränkungsverbahalts in das Urteil sorgen müssen, auf Schadenersatz - in erster Linie durch Freistellung von den ihnen auferlegten Zahlungsverpflichtungen - in Anspruch, soweit diese den Wert des Nachlasses übersteigen.

Das Landgericht hat die Beklagten entsprechend dem von ihm festgestellten Nachlasswert zur Freistellung verurteilt und die weiter gehende Klage abgewiesen. Das Berufungsgericht hat die Klage insgesamt abgewiesen und die Berufung der Klägerinnen zurückgewiesen.

Mit der Revision verfolgen die Klägerinnen ihre Freistellungsanträge und den in der Berufungsinstanz hilfsweise gestellten Antrag, die Beklagten zur Zahlung von 681.711,24 DM zzgl. Zinsen zu verurteilen, weiter. Die Revision führt zur Aufhebung des Berufungsurteils und zur Zurückverweisung der Sache an das Berufungsgericht.

Aus den Gründen:**I.**

Das Berufungsgericht hat die von den Beklagten erhobene Verjährungseinrede für begründet gehalten. Das trifft jedoch nur für einen Teil der mit der Klage geltend gemachten Ansprüche zu, von deren Bestehen auf der Grundlage des für die Revisionsprüfung zu unterstellenden Sachverhalts auszugehen ist.

1. Nach der auf den vorliegenden Fall anzuwendenden Vorschrift des **§ 51 BRAO a.F. (jetzt § 51b)** verjährt der gegen einen Rechtsanwalt gerichtete Schadenersatzanspruch in drei Jahren nach Entstehung des Anspruchs, spätestens jedoch in drei Jahren nach Beendigung des Mandats.

a) Das Berufungsgericht hat angenommen, dass ein etwaiger durch **Versäumung der Einrede der beschränkten Erbenhaftung im Rechtsstreit 24 O 2470/88 – LG Würzburg** begründeter Schadenersatzanspruch gegen die Beklagten mit dem erstinstanzlichen Teilurteil vom 6.8.1991, in dem der nach § 780 ZPO erforderliche Vorbehalt fehlte, entstanden ist.

aa) Das ist richtig, soweit es um den Schaden geht, der den Klägerinnen bereits dadurch entstanden ist, dass sie durch jenes Teilurteil zur Zahlung von 339.493,48 DM verurteilt worden sind; nach ihrem eigenen Vortrag war der Nachlass schon im Jahre 1987 mit über 247.000 DM überschuldet.

Nach der neueren Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs tritt ein durch einen Fehler des Rechtsberaters bei der **Führung eines Prozesses verursachter Schaden mit Erlass der ersten daraufhin ergehenden, für den Mandanten nachteiligen gerichtlichen Entscheidung** ein (BGH, Urt. v. 12.2.1998 – IX ZR 190/97, WM 1998, 786, 788 – Steuerberater; v. 9.12.1999 – IX ZR 129/99, WM 2000, 959, 960). Die Revision meint, auf den vorliegenden Fall sei diese Rechtsprechung nicht anwendbar. Sie beruhe auf dem Gedanken, dass die erste nachteilige Entscheidung dem Mandanten Anlass zur Prüfung gebe, ob der Nachteil auf einem Beratungsfehler beruhe. Hier könne den Klägerinnen aber nicht vorgeworfen werden, eine solche Prüfung unterlassen zu haben; denn der sich aus dem bloßen, im Urteil nicht erörterten Fehlen des Haftungsbeschränkungsvorbehalts ergebende Nachteil sei für sie nicht erkennbar gewesen.

Es sei im Übrigen, so argumentiert die Revision, widersprüchlich, wenn für den Zeitpunkt des Schadeneintritts einerseits die Kenntnis des Mandanten hiervon für unbeachtlich, andererseits aber der Zeitpunkt der ersten nachteiligen Entscheidung mit der Begründung für maßgeblich erklärt werde, sie hätte dem Auftraggeber Anlass zur Prüfung geben müssen, ob ein Beratungsfehler vorliege.

Dieser Gedankengang beruht auf einem Missverständnis. **Ausschlaggebend für die Anknüpfung an die erste nachteilige Entscheidung ist, dass sich damit die Vermögenslage des Betroffenen objektiv spürbar verschlechtert und es unsicher ist, ob diese Vermögensverschlechterung durch eine spätere Aufhebung der Entscheidung wieder wegfällt** (BGH, Urt. v. 12.2.1998, a.a.O.). Wenn der Senat an anderer Stelle hinzugefügt hat, ein Steuerbescheid gebe dem Steuerpflichtigen Anlass zur Prüfung, ob ein sich daraus ergebender Steuernachteil auf einem Beratungsfehler seines Steuerberaters beruhe, so war damit nur gesagt, dass wegen dieser Prüfungsmöglichkeit der an diesen Zeitpunkt anknüpfende Verjährungsbeginn für den Mandanten nicht unzumutbar sei (BGHZ 129, 386, 390).

bb) **Der weitere Schaden, der durch das Fehlen des Haftungsbeschränkungsvorbehalts im Schlussurteil des Landgerichts Würzburg vom 26.11.1993 verursacht worden ist, ist dagegen erst mit dem Erlass dieses Urteils entstanden.**

Nach dem Grundsatz der Schadeneinheit ist zwar der infolge eines bestimmten Verhaltens des Schädigers eingetretene Schaden als ein einheitliches Ganzes aufzufassen, so dass für den Anspruch auf Ersatz dieses Schadens einschließlich aller weiteren adäquat verursachten, zurechen- und voraussehbaren Nachteile eine einheitliche Verjährungsfrist läuft, sobald irgendein (Teil-)Schaden entstanden ist. Das gilt auch, soweit eine Wiederholung desselben schädigenden Verhaltens – nochmals – denselben Schaden auslöst (BGH, Urt. v. 18.12.1997 – IX ZR 180/96, WM 1998, 779, 780; v. 12.2.1998, a.a.O., jeweils m.w.N.). **Anders ist es aber, wenn sich mehrere selbstständige Handlungen (oder – pflichtwidrige – Unterlassungen) des Schädigers ausgewirkt haben. Dann beginnt mit der Entstehung des durch die jeweilige Handlung verursachten Schadens und des damit ausgelösten Ersatzanspruchs eine nur für diesen Anspruch geltende besondere Verjährung** (BGH, Urt. v. 12.2.1998, a.a.O.).

Besteht das pflichtwidrige Verhalten eines Rechtsanwalts darin, dass er es im Prozess, in dem gegen seinen Mandanten als Erben eine Nachlassverbindlichkeit geltend gemacht wird, unterlässt, die Dürftigkeitseinrede zu erheben, so beginnt die Verjährung eines dadurch ausgelösten Schadenersatzanspruchs gegen ihn jedenfalls insoweit nicht bereits mit Erlass des ersten Gerichtsurteils, als der Regressanspruch sich aus **erst später durch Klageerweiterung in den Prozess eingeführten - weiteren - Forderungen gegen den Nachlass ergibt; denn gegenüber diesen bestand, solange sie nicht gerichtlich geltend gemacht wurden, kein Anlass zur Erhebung der Einrede.**

Den bei den Akten des jetzigen Prozesses befindlichen Urteilen aus dem Rechtsstreit 24 O 2470/88 - LG Würzburg ist zu entnehmen, dass von den Ansprüchen, die zu den Verurteilungen der Klägerinnen geführt haben, die Gegenstand des gegen die Beklagten erhobenen Regressanspruchs sind, vor Erlass des Teilurteils vom 6.8.1991 nur der darin dem damaligen Prozessgegner zugesprochene Betrag von 339.493,48 DM eingeklagt worden war. Der weitere Zahlungsanspruch von 230.779,36 DM und der die Grundlage für die Verurteilungen in den Folgeprozessen bildende Feststellungsanspruch, über die durch das Schlussurteil des Landgerichts Würzburg vom 26.11.1993 entschieden worden ist, sind soweit ersichtlich, erst nach Erlass des Teilurteils in den damaligen Rechtsstreit eingeführt worden.

So ist das Prozessgeschehen auch im späteren Urteil des Oberlandesgerichts vom 18.9.1995 dargestellt, wo von einer entsprechenden Klageerweiterung nach Erlass des Teilurteils vom 6.8.1991 die Rede ist. Danach bezog sich das Unterlassen der Dürftigkeitseinrede bis zu diesem Zeitpunkt nur - soweit es im jetzigen Schadenersatzprozess von Bedeutung ist - auf den bis dahin geltend gemachten Anspruch auf Zahlung des durch das Teilurteil zugesprochenen Betrages. Anlass, die Einrede gegenüber den weiteren Ansprüchen einschließlich des Feststellungsanspruchs zu erheben, bestand erst, als diese durch Klageerweiterung in den damaligen Rechtsstreit eingeführt wurden.

Dass die Beklagten (auch) dies unterlassen haben, war ein neues Verhalten - in Gestalt einer Unterlassung -, das einen neuen Schaden auslöste. Dieser entstand erst mit Erlass des Schlussurteils des Landgerichts Würzburg vom 26.11.1993; er bestand in den Nachteilen, die

den Klägerinnen durch die Verurteilung zur Zahlung von - weiteren - 230.779,36 DM und den Feststellungsausspruch mit den darauf beruhenden Zahlungsurteilen in den Folgeprozessen zugefügt wurden. Die Verjährung des hierauf gestützten Schadenersatzanspruchs gegen die Beklagten hat deshalb erst am 26.11.1993 begonnen.

b) Daraus ergibt sich für die **(Primär-)Verjährung** Folgendes:

aa) **Soweit den Klägerinnen ein Schaden schon aus der Verurteilung zur Zahlung der 339.493,48 DM entstanden ist, trat die Verjährung drei Jahre nach Erlass des Teilurteils vom 6.8.1991, also am 6.8.1994 ein.** Das Mandat der Beklagten war nach der nicht angegriffenen Feststellung des Berufungsgerichts erst im Februar 1994 beendet. Die Verjährungsfrist war somit nicht nur bei Klageerhebung im März/April 1997, sondern auch schon im Zeitpunkt der Streitverkündung im August 1995 abgelaufen.

bb) **Ein auf dem Zahlungs- und Feststellungsurteil vom 26.11.1993 beruhender Schadenersatzanspruch verjährte dagegen erst drei Jahre nach diesem Zeitpunkt, also am 26.11.1996.** Das Ende der Verjährungsfrist lag damit zwar vor der Klageerhebung, aber nach der Streitverkündung im August 1995.

(1) Die Streitverkündung hat gleichwohl die Verjährung nur insoweit unterbrochen, als der Schaden auf dem Feststellungsausspruch beruht, der die Verurteilung in den Folgeprozessen nach sich gezogen hat.

Die Streitverkündung unterbricht gemäß § 209 Abs. 2 Nr. 4 BGB die Verjährung, wenn der Anspruch vom Ausgang des Prozesses, in dem der Streit verkündet wird, abhängt und binnen sechs Monaten nach Beendigung dieses Prozesses gerichtlich geltend gemacht wird (§ 215 Abs. 2 BGB). Die Sechsmonatsfrist ist hier gewahrt; sie begann mit der den damaligen Rechtsstreit beendenden Entscheidung des Bundesgerichtshofs vom 2.10.1996 und war bei Einreichung der jetzigen Klage am 20.3.1997 (Zustellung am 2.4.1997) noch nicht abgelaufen.

Abhängigkeit i.S.d. § 209 Abs. 2 Nr. 4 BGB ist immer dann gegeben, wenn die **Voraussetzungen für eine Streitverkündung nach § 72 ZPO** vorliegen, wenn also die Partei für den Fall eines ihr ungünstigen Ausgangs des Rechts-

streits einen Anspruch auf Gewährleistung oder Schadloshaltung gegen einen Dritten erheben zu können glaubt oder den Anspruch eines Dritten besorgt (BGHZ 36, 212, 214; 134, 190, 194). **Der Umfang der verjährungsunterbrechenden Wirkung der Streitverkündung beschränkt sich nicht auf die mit der Urteilsformel ausgesprochene Entscheidung über den erhobenen Anspruch; sie ergreift vielmehr die gesamten tatsächlichen und rechtlichen Grundlagen des Urteils** (BGHZ 36, 212, 215).

Im vorliegenden Fall spielt es danach für die Reichweite der Wirkung der Streitverkündung grundsätzlich keine Rolle, dass in dem ersten Folgeprozess, in dem den Beklagten der Streit verkündet wurde, nur ein Teil der im Feststellungsurteil des Landgerichts Würzburg vom 26.11.1993 dem Grunde nach gegen die Klägerinnen ausgerichteten Beträge in Form des Zahlungsbegehrens eingeklagt wurde.

Der Prozessbevollmächtigte der Beklagten hat in der mündlichen Revisionsverhandlung unter Hinweis auf ein Urteil des Oberlandesgerichts Düsseldorf vom 19.1.1995 (*BauR* 1996, 869, 870) die Ansicht vertreten, die Ansprüche, die der Streitverkündende im Fall des ihm ungünstigen Prozessausgangs zu haben glaube, müssten im Einzelnen in der Streitverkündungsschrift bezeichnet werden. Daran ist richtig, dass diese **nach § 73 ZPO den Grund der Streitverkündung bezeichnen muss. Damit ist das Rechtsverhältnis gemeint, aus dem sich der Rückgriffsanspruch gegen den Dritten** (oder dessen Anspruch gegen den Streitverkündenden) **ergeben soll** (Stein/Jonas/Bork, ZPO 21. Aufl., § 73 Rdnr. 3).

Dieses Rechtsverhältnis ist unter Angabe der tatsächlichen Grundlagen so genau anzugeben, dass der Streitverkündungsempfänger prüfen kann, ob es für ihn angebracht ist, dem Rechtsstreit beizutreten (Wiezcorek/Schütze/Mansel, ZPO 3. Aufl., § 73 Rdnr. 9, 12).

Das ist im vorliegenden Fall, soweit sich das dem Prozessstoff entnehmen lässt, geschehen. Hierauf deutet der Inhalt eines Anwaltsschreibens vom 18.7.1995 hin, in dem als Grund für die im damaligen ersten Folgeprozess erklärte Streitverkündung angegeben wird, dass die Beklagten es unterlassen hätten, bereits 1993 im ersten Rechtsstreit für die Aufnahme des Vorbehalts nach § 780 ZPO zu sorgen. Damit ist der Anspruchsgrund in ausreichendem Maße bezeichnet.

Eine Streitverkündungsschrift braucht den ihr zugrunde liegenden Anspruch nicht bereits auch der Höhe nach zu konkretisieren. Daraus ergibt sich, **dass die Verjährung für den gesamten Schadenersatzanspruch unterbrochen worden ist, der den Klägern möglicherweise daraus erwachsen ist, dass der Feststellungsausspruch im Urteil des Landgerichts Würzburg vom 26.11.1993 nicht unter den Vorbehalt nach § 780 ZPO gestellt worden ist. Das bedeutet, dass ein solcher Schadenersatzanspruch auch insoweit nicht verjährt ist, als er auf den im zweiten, dritten und vierten Folgeprozess gegen die Klägerinnen ausgerichteten Beträgen beruht.**

(2) Soweit der Schaden sich aus der im Schlussurteil des Landgerichts Würzburg vom 26.11.1993 enthaltenen Verurteilung zur Zahlung von 230.779,36 DM zzgl. Zinsen und Kosten ergibt, hat die Streitverkündung die Verjährung dagegen nicht unterbrochen.

In diesem Umfang – wie im Übrigen auch hinsichtlich der 339.493,48 DM (einschl. Zinsen und Kosten), zu deren Zahlung die Klägerinnen durch das Teilurteil vom 6.8.1991 verurteilt worden sind (siehe dazu unter c)) – konnte ein ihnen gegen die Beklagten zustehender Schadenersatzanspruch durch den Ausgang der Folgeprozesse unter keinen Umständen beeinflusst werden. Eine nachträgliche Erhebung der Einrede der beschränkten Erbenhaftung kam insoweit nicht mehr in Betracht.

Die verjährungsunterbrechende Wirkung der Streitverkündung tritt nicht ein, wenn und soweit – auch vom Standpunkt der streitverkündenden Partei aus – der der Streitverkündung zugrunde liegende vermeintliche Anspruch durch den Ausgang des Rechtsstreits nicht berührt werden kann (vgl. BGH, Urt. v. 10.10.1978 – VI ZR 115/77, NJW 1979, 264 f).

c) Das Berufungsgericht hat einen zur Verlängerung der Verjährungsfrist führenden so genannten **Sekundäranspruch** (grundlegend dazu BGHZ 94, 380, 386 ff) mit der Begründung verneint, für die Beklagten habe **kein Anlass** bestanden, ihr früheres Verhalten zu überprüfen und die Klägerinnen auf die Möglichkeit eines Regressanspruchs gegen sich selbst – und auf die dafür geltende Verjährungsfrist – hinzuweisen.

Ob die dagegen gerichteten Revisionsangriffe gerechtfertigt sind, ist für die Beurteilung der Verjährungsfrage ohne Bedeutung; denn ein

auf die Verurteilung der Klägerinnen zur Zahlung von insgesamt 570.272,84 (339.493,48 plus 230.779,36) DM gestützter Schadenersatzanspruch gegen die Beklagten wäre auch bei Bejahung eines solchen Sekundäranspruchs verjährt.

Ein Sekundäranspruch hat zur Folge, dass mit Eintritt des durch die Verletzung der Hinweispflicht bewirkten Schadens (Eintritt der Primärverjährung), spätestens aber mit Beendigung des Mandats (BGH, Urt. v. 9.12.1999, a.a.O., 961 f), die dreijährige Verjährungsfrist erneut beginnt.

Da, wie bereits erwähnt, das Mandat der Beklagten im Februar 1994 beendet war, konnte eine Sekundärverjährungsfrist, die danach im Februar 1997 abgelaufen wäre, durch die im März 1997 eingereichte Klage nicht mehr unterbrochen werden.

Sie wäre allerdings noch nicht abgelaufen gewesen, als den Beklagten im August 1995 der Streit verkündet wurde. **Die Streitverkündung war aber aus denselben Gründen, aus denen sie, wie bereits dargelegt, die Primärverjährung nicht unterbrechen konnte, auch nicht geeignet, die Unterbrechung einer etwaigen Sekundärverjährung zu bewirken.**

II.

Das Berufungsurteil kann danach, soweit der Schaden durch die in den Folgeprozessen auf der Grundlage des früheren Feststellungsausspruchs gegen die Klägerinnen ergangenen Verurteilungen entstanden ist, mit der bisherigen Begründung nicht aufrechterhalten werden. Da das Berufungsgericht bisher keine Feststellungen zum Umfang der Überschuldung des Nachlasses und damit zum Umfang des verjährten und des nicht verjährten Teils des Klageanspruchs getroffen hat, muss das Urteil insgesamt aufgehoben werden.

Das Berufungsgericht wird nunmehr zu der Frage, ob die Beklagten unter den Umständen des Streitfalls den Vorbehalt der beschränkten Erbenhaftung in den Titel hätten aufnehmen lassen müssen (*zur grundsätzlichen Pflicht eines Rechtsanwalts, dies zu tun, vgl. BGH, Urt. v. 2.7.1992 - IX ZR 256/91, WM 1992, 2020, 2021 m.w.N.*), und zum Nachlasswert (vgl. unter I. 1. a) aa)) die erforderlichen Feststellungen zu treffen haben.

Damit dies geschehen kann, ist die Sache an das Berufungsgericht zurückzuverweisen.

Wiedereinsetzungsantrag

– Widersprüchlicher Sachvortrag
(BGH, Beschl. v. 17.2.2002 – VII ZB 32/01)

Leitsatz:

Eine Glaubhaftmachung im Wiedereinsetzungsverfahren kann daran scheitern, dass der Anwalt einer Partei einen die Wiedereinsetzung rechtfertigenden Sachverhalt eidesstattlich versichert, schriftsätzlich jedoch einen die Wiedereinsetzung nicht rechtfertigenden Sachverhalt vorträgt, ohne dass Anhaltspunkte dafür bestehen, welcher Sachverhalt wahrscheinlicher ist.

Aus den Gründen:

1. Die Klägerin hat am 6.6.2001 gegen ein die Klage teilweise abweisendes Urteil Berufung eingelegt. Die Berufungsbegründung ist am 24.7.2001 bei Gericht eingegangen. Die Klägerin hat Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beantragt.

Zur Begründung hat sie ausgeführt, die Bürokratie ihres Anwalts habe versehentlich die Vorfrist vom 30.6.2001 und Berufungsbegründungsfrist vom 7.7.2001 nicht im Fristenkalender, sondern in einem getrennt geführten Wiedervorlagekalender für nicht fristgebundene Sachen eingetragen. Die Akte habe der Anwalt zum Datum der Wiedervorlage nur als normale Wiedervorlage erhalten und diese wegen temporärer Arbeitsüberlastung nicht bearbeitet.

Diesen, von ihrem Anwalt schriftsätzlich vortragenen Sachvortrag hat sie durch eine eidesstattliche Versicherung ihres Anwalts glaubhaft machen wollen. Darin wird versichert, wegen Arbeitsüberlastung der Mitarbeiter, bedingt durch Mitarbeiterwechsel, seien die einfachen Wiedervorlagen im Zeitraum vom 20.6.2001 bis 15.7.2001 nicht herausgesucht worden.

2. Das Berufungsgericht hat die Wiedereinsetzung versagt und die Berufung als unzulässig verworfen.

Das Berufungsgericht führt aus, die Klägerin müsse sich das Verschulden ihres Anwalts zu rechnen lassen. **Ein Verschulden ihres Anwalts liege sowohl bei dem in dem Wiedereinsetzungsantrag als auch bei dem in der eidesstattlichen Versicherung geschilderten Sachverhalt vor.**

Für den Fall, dass die Akte in dem Zeitpunkt vorgelegt worden sei, zu dem die Vorfrist als Wiedervorlagefrist notiert worden sei, **hätte der Anwalt sie in angemessener Zeit durchsehen müssen** und rechtzeitig gemerkt, dass die Begründungsfrist zu wahren ist. Für den Fall, dass ihm die Akte vor Ablauf der Berufungsbegründungsfrist nicht vorgelegt worden sei, treffe ihn ein Organisationsverschulden, weil er hätte bemerken müssen, dass ihm keine Akten vorgelegt werden.

3. Dagegen richtet sich die sofortige Beschwerde, mit der die Klägerin vorbringt, dass die Akten ihrem Anwalt vor Ablauf der Berufungsbegründungsfrist nicht vorgelegt worden seien.

4. Die Beschwerde ist unbegründet.

a) Zutreffend hat das Berufungsgericht entschieden, dass der Anwalt die Versäumung der Berufungsbegründungsfrist zu vertreten hat, wenn ihm die Akten am 30.6.2001 vorgelegt worden sind. **Er hätte die Akten in angemessener Zeit durchsehen müssen** (BGH, Beschl. v. 3.11.1997 – VI ZB 47/97, NJW 1998, 460, 461). Dabei wäre ihm aufgefallen, dass die Berufungsbegründungsfrist vom 7.7.2001 gewahrt werden musste.

b) Ob den Anwalt der Klägerin ein für die Fristversäumung ursächliches **Organisationsverschulden** trifft, weil er es hingenommen hat, dass ihm über einen längeren Zeitraum die nicht fristgebundenen Sachen nicht vorgelegt wurden, kann dahinstehen. Diesen Sachverhalt hat die Klägerin nicht glaubhaft gemacht. Die eidesstattliche Versicherung ihres Anwalts vermittelt keine ausreichende Wahrscheinlichkeit für diesen Sachverhalt. **Dem steht entgegen, dass der Anwalt gleichzeitig eine andere Darstellung in dem Wiedereinsetzungsantrag gegeben hat.** Es gibt keinerlei objektive Anhaltspunkte dafür, welcher Sachverhalt wahrscheinlicher ist.

Es fehlt auch in der Beschwerdeschrift jegliche Erklärung dafür, wie es zu der angeblich fehlerhaften Darstellung in dem Wiedereinsetzungsantrag gekommen ist. Die Beschwerde beschränkt sich vielmehr lediglich auf die Klarstellung, dass die Akte nicht herausgesucht worden ist.

Die Klägerin hat keine weiteren Beweismittel zur Glaubhaftmachung des in der eidesstattlichen Versicherung ihres Anwalts vorgetragenen Sachverhalts vorgelegt, wie es angesichts

der widersprüchlichen Darstellungen ihres Anwalts nahe gelegen hätte. Eine eidesstattliche Versicherung der Bürokraft liegt ebenso wenig vor wie eine Kopie des Fristenkalenders oder Wiedervorlagekalenders.

(...)

Steuerberaterhaftung

- Belehrungspflichten
 - Monatliche Auswertungen
 - Steuerproblematik bei Umsatzprovisionen
 - Beratungsauftrag, Honorarnote
- (OLG Düsseldorf, Urt. v. 7.9.2001 – 23 U 34/01)

Leitsätze:

1. Der Auftrag zur Beratung bei der Einrichtung der Finanzbuchhaltung und zur Prüfung von DATEV-Monatsauswertungen auf Plausibilität verpflichtet den Steuerberater nicht ohne weiteres zur Beratung des Mandanten über die Gefahr einer Steuerbelastung aus verdeckter Gewinnausschüttung bei Zahlung von Umsatzprovisionen an Gesellschafter-Geschäftsführer.

2. Im Rahmen des Unterlassungsvorwurfs trifft den Mandanten die Darlegungs- und Beweislast für den hypothetischen Kausalverlauf bei vertragsgrechtem Verhalten des Steuerberaters, insbesondere für die Anerkennung der Angemessenheit der Geschäftsführergehälter durch die Finanzverwaltung unter Berücksichtigung der konkreten Verhältnisse der Gesellschaft.

Zum Sachverhalt:

Der klagende Konkursverwalter verlangt vom beklagten Steuerberater Schadenersatz aus positiver Vertragsverletzung mit der Begründung, dieser habe die Gemeinschuldnerin nicht auf die Gefahr der Steuerbelastung aus verdeckter Gewinnausschüttung im Zusammenhang mit der Bezahlung von Umsatzprovisionen an den Gesellschafter-Geschäftsführer hingewiesen.

Der Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe ist unbegründet, weil die Berufung keine Aussichten auf Erfolg hat.

Das Landgericht hat zutreffend unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs einen Schadenersatzanspruch des

Klägers wegen Verletzung vertraglicher Pflichten (Hinweis auf die steuerliche Behandlung von Umsatzprovisionen als verdeckte Gewinnausschüttung und Empfehlung geeigneter Maßnahmen zur Vermeidung von Körperschaftsteuer) verneint.

Auf die zutreffende Begründung der angefochtenen Entscheidung wird verwiesen. Die Antragschrift vom 2.1.2001 rechtfertigt keine andere Beurteilung.

Aus den Gründen:

I.

Es fehlt bereits an der Darlegung und auch dem Nachweis eines Auftrags, aufgrund dessen der Beklagte verpflichtet gewesen wäre, die Gemeinschaftschuldnerin auf die Gefahr einer Steuerbelastung aus verdeckter Gewinnausschüttung hinzuweisen und dieser Gefahr durch geeignete Maßnahmen und Empfehlungen entgegenzuwirken.

Der Sachvortrag des Klägers, der Zeuge F. habe ab Gründung der Gemeinschaftschuldnerin ständig in allen buchhalterischen und steuerlichen Belangen Kontakt mit dem Beklagten gehalten und diesen stets über sämtliche laufenden Verhältnisse der Gemeinschaftschuldnerin durch eingehende, mindestens einmal wöchentlich stattfindende Gespräche und Erörterungen informiert und jederzeit auf dem Laufenden gehalten, ist ebenso unzureichend wie die Aussage des Zeugen F., der Beklagte habe die Gemeinschaftschuldnerin sämtlich und in allen Dingen steuerlich beraten und auch die Bilanzerstellung vorgenommen.

Diese Angaben lassen nicht erkennen, wer und zu welchem Zeitpunkt dem Beklagten einen Auftrag zur Steuerberatung der Gemeinschaftschuldnerin erteilt hat. Es fehlen auch entsprechende Rechnungen des Beklagten über angeblich von ihm erbrachte Beratungsleistungen. Die in der Rechnung vom 25.3.1992 über DATEV-Kosten sowie acht Stunden Beratung bei der Einrichtung und Einarbeitung F. im Februar/März 1992 erwähnten Leistungen verpflichteten den Beklagten nicht zur Beratung der Gemeinschaftschuldnerin über den steuerrechtlichen Hintergrund von Umsatzprovisionen.

Selbst wenn man davon ausgeht, dass der Beklagte die Monatsauswertungen in den Jahren 1992 und 1993 vereinbarungsgemäß auf Plausibilität überprüfen sollte, folgt daraus

keine Beratungspflicht des Beklagten über die Steuerproblematik von Umsatzprovisionen.

Nicht einmal bei einem Jahresabschluss, der über die handels- und steuerrechtlichen Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung gemäß § 5 Abs. 1 EStG hinausgehend oft auch zahlreiche andere steuerlich bedeutsame Vorgänge beinhaltet, wäre der Steuerberater zur steuerrechtlichen Überprüfung aller einzelnen Vorgänge verpflichtet. **Andernfalls würde ihm ein unzumutbares, auch durch eine Versicherung kaum abzudeckendes Haftungsrisiko aufgebürdet (BGHZ 128, 362).**

II.

Der Beklagte war auch nicht im Rahmen seiner vertraglichen Nebenpflicht aus § 242 BGB, den Mandanten vor Schaden zu bewahren (BGH, WM 1991, 1304; BGHZ 128, 362), dazu verpflichtet, auf die steuerrechtliche Problematik von Umsatzprovisionen hinzuweisen. **Solche Nebenpflichten erwachsen dem Steuerberater nur dann, wenn für ihn auf den ersten Blick ersichtlich ist, dass eine steuerrechtliche Fehlentscheidung getroffen worden ist (BGHZ 128, 362).**

Diese Voraussetzung ist hier jedoch schon deshalb nicht schlüssig dargelegt, weil nicht mitgeteilt worden ist, welche Erkenntnisse die angeblich dem Beklagten zur Plausibilitätsprüfung vorgelegten DATEV-Monatsauswertungen vermittelt.

Selbst wenn sich nach dem Inhalt der Monatsauswertungen die Gefahr einer Steuerbelastung aus verdeckter Gewinnausschüttung aufgedrängt haben sollte, wäre der Beklagte nicht zum Schadenersatz verpflichtet, weil nicht feststellbar ist, dass bei Kenntnisnahme der Monatsauswertungen durch den Beklagten die jetzt unstreitige Steuerbelastung vermeidbar gewesen wäre.

1. Zuwendungen an die beherrschenden Gesellschafter, zu denen die beiden Gesellschafter-Geschäftsführer der Gemeinschaftschuldnerin gehörten, werden von der Finanzverwaltung und von den Finanzgerichten nur unter strengen Voraussetzungen als Betriebsausgaben anerkannt. U.a. wird gefordert, dass die Zuwendung als Geschäftsführergehalt **im Voraus** klar und eindeutig vereinbart worden ist (BGH, NJW 1997, 2238; BGH, NJW 1998, 1486).

Eine solche Vereinbarung hätte die Gemeinschaftschuldnerin mit ihren Geschäftsführern zumindest für das Steuerjahr 1992 bereits 1991

im Zusammenhang mit ihrer Gründung treffen müssen. Für diesen Zeitpunkt fehlt es jedoch an dem Nachweis eines Steuerberatervertrages, aufgrund dessen der Beklagte verpflichtet gewesen wäre, auf eine geeignete Fassung der Geschäftsführerverträge hinzuwirken.

Das Schreiben der Gemeinschuldnerin vom 15.3.1995 spricht sogar eher dafür, dass der Beklagte erst im Vorfeld der Betriebsprüfung (beginnend ab 24.4.1995) im Rahmen der nachträglichen Erstellung der Geschäftsführerverträge mit allen steuerrechtlich maßgeblichen Einzelheiten betreffend die 1992 (123.492 DM) und 1993 (127.342 DM) an die Gesellschafter-Geschäftsführer gezahlten Beträge und deren nachträgliche „Provisionsfindung“ durch angebliche außergewöhnliche Leistungen der beiden Gesellschafter-Geschäftsführer F. und S. konfrontiert worden ist.

Die Formulierung des Schreibens der Gemeinschuldnerin vom 15.3.1995 wäre nicht erklärlich, wenn der Beklagte bereits vor der ersten Zahlung Kenntnis von allen steuerrechtlich maßgeblichen Einzelheiten der Umsatzprovisionen gehabt hätte bzw. mit deren Prüfung im Rahmen eines Steuerberatermandats betraut gewesen wäre. Dann hätte eine schlichte Bezugnahme auf eine angeblich vor der Zahlung stattgefundene eingehende Erörterung der Umsatzprovisionen mit dem Beklagten genügt.

Änderungen der Gesellschafterverträge nach Beginn des Geschäftsjahres 1992 hätte das Finanzamt voraussichtlich nicht anerkannt. Im Übrigen hat der Kläger nicht im Einzelnen dargelegt, aus welchen Monatsauswertungen der Beklagte verdeckte Gewinnausschüttungen hätte entnehmen können.

Der Kläger ist darlegungs- und beweispflichtig dafür, dass bei pflichtgemäßem Handeln des Beklagten ein Schaden nicht eingetreten wäre (BGH, NJW 1994, 1472). Solange es ihm nicht gelingt, ein Steuerberatermandat für den Zeitpunkt der Gründung der Gemeinschuldnerin nachzuweisen, helfen ihm aufgrund der geschilderten Anforderungen der Finanzverwaltung und Finanzgerichte an die Anerkennung von Betriebsausgaben die Beweiserleichterungen des Anscheinsbeweises und § 287 ZPO nicht weiter.

Der Beklagte hat vorgetragen, er habe erst im Zusammenhang mit den im Juli 1993 begonnenen Arbeiten zur Erstellung des Jahresabschlusses für 1992 Kenntnis von den vorherigen Ent-

nahmen der Gesellschafter-Geschäftsführer erlangt. Den entgegenstehenden Klägervortrag, der Beklagte habe von den Umsatzprovisionen schon gewusst, bevor diese überhaupt zur Ausführung bzw. Verbuchung gekommen seien, und diese seien – schon wegen der Höhe der geplanten Zahlungen – im Vorfeld mit Zustimmung des Beklagten („Können Sie machen“) angesprochen worden, hat der Zeuge F. nicht hinreichend bestätigen können.

Seine Angaben dazu sind nicht ergiebig und weisen erhebliche Erinnerungslücken auf. Er konnte sich weder an Zeitpunkt und Inhalt einer angeblich nur telefonisch erfolgten Unterredung mit dem Beklagten erinnern noch daran, ob der Beklagte steuerrechtliche Bedenken geäußert hat. Er konnte nicht einmal sicher sagen, wann und in welcher Weise (monatlich oder quartalsweise) die Umsatzprovisionen im zweiten Jahr gezahlt und verbucht worden sind.

2. Selbst wenn man unterstellt, dass die Monatsauswertungen 1992 den Beklagten hätten veranlassen müssen, der Gemeinschuldnerin eine Änderung der Gesellschafterverträge zum 1.1.1993 zu empfehlen, hätten Schadenersatzansprüche des Klägers keine Aussichten auf Erfolg. Nach dem Beklagtenvortrag wäre eine (weitere) Erhöhung der Geschäftsführergehälter vom Finanzamt als unangemessen bewertet worden.

Der Sachvortrag des Klägers, den im Rahmen des von ihm erhobenen Unterlassungsvorwurfs die Darlegungs- und Beweislast für den hypothetischen Kausalverlauf bei vertragsgerechtem Verhalten des Beklagten trifft (BGH, NJW 1990, 2129; BGH, NJW 1992, 2695; Zuehör, Handbuch der Anwaltschaftung 1999, RdNr. 1039 m.w.N.), enthält zur Angemessenheit der Erhöhung der mit 355.492 DM (1992) bzw. 372.000 DM (1993) bezifferten Bezüge der Geschäftsführer F. und S. um weitere 123.492 DM bzw. 127.342 DM keine hinreichenden Angaben.

Die vom Kläger dargelegte Größenordnung der Unternehmensgruppe N. und der GbR (mit einem Umsatz von über 4 Mio. DM) und die hieraus folgende besondere Verantwortung und Sachkenntnis der Geschäftsführer, die Bedeutung dieser Geschäftsführertätigkeiten und die Handhabung bei vergleichbaren Unternehmensgruppen sind nicht zu berücksichtigten. Maßgeblich ist allein die Angemessenheit von Geschäftsführergehältern in Bezug auf die konkreten Verhältnisse der Gemeinschuldnerin.

Wettbewerbsverbot

- Laufzeit: 7 Jahre
- Mandantenschutz
- Abfindungsvereinbarung
- Nachvertragliche Treuepflicht
(OLG Stuttgart, Urt. v. 1.8.2001 - 20 U 55/01)

Leitsätze:

1. Mandantenschutzklauseln sind nur insoweit als zulässig zu erachten, als ein anerkennenswertes Bedürfnis besteht, den Vertragspartner vor einer illoyalen Verwertung des Erfolgs seiner oder der gemeinsamen Arbeit zu schützen.
2. Ein für den Fall des Ausscheidens eines Gesellschafters aus einer Freiberuflersozietät vereinbartes zeitlich, räumlich und gegenständlich unbegrenztes Wettbewerbsverbot ist gemäß § 138 Abs. 1 BGB i.V.m. Art. 12 Abs. 1 GG sittenwidrig und daher nichtig.
3. Ein solches Wettbewerbsverbot kann in entsprechender Anwendung des § 139 BGB nur dann aufrechterhalten werden, wenn es allein wegen der unangemessenen Laufzeit gegen die guten Sitten verstößt.

Zum Sachverhalt:

Die Parteien haben seit Februar 1990 eine gemeinsame Anwaltskanzlei in Form einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts betrieben. Zuvor hatte der Verfügungskläger zu 1) die Kanzlei als Einzelanwalt geführt.

Im Sozietätsvertrag vom 8.1.1990 haben sie u.a. folgende Vereinbarungen getroffen:

§ 2 (...)

2. Die Gesellschafter verpflichten sich gegenseitig, ihre ganze Arbeitskraft der Gesellschaft zu widmen und die dieser übertragenen Mandate mit der erforderlichen Sorgfalt zu bearbeiten. Jedem Gesellschafter ist untersagt, außerhalb der Gesellschaft als Anwalt tätig zu werden oder sich an einer entsprechenden Gesellschaft zu beteiligen. Bei einem Ausscheiden eines Gesellschafters darf dieser sieben Jahre lang - gerechnet ab dem Zeitpunkt seines Ausscheidens - nicht für ehemalige und gegenwärtige Mandanten der Gesellschaft tätig werden. Auch nicht für solche Mandanten, die er in der Gesellschaft allein bearbeitet hat. (...)

§ 16

1. Die Gesellschaft ist von jedem Gesellschafter nur aus wichtigem Grund kündbar. Ein Ausscheiden ist nur zum Ende eines Kalenderjahres möglich. Die Kündigungsfrist beträgt sechs Monate. Der kündigende Gesellschafter hat auszuscheiden. Die Gesellschaft wird mit den verbleibenden Gesellschaftern fortgesetzt.

2. Scheiden die Gesellschafter G. oder R. aus wichtigem Grund innerhalb von fünf Jahren nach dem 1.3.1990 aus, so sind ihre Anteile mit je 250.000 DM abzufinden zzgl. etwa stehen gebliebener Gewinne und abzüglich negativer Gewinnkonten. (...)

Nach dem 1.3.1995 sind die Anteile nach dem Verkehrswert unter Einschluss des Praxiswerts abzufinden.

Seit Mitte des Jahres 2000 hat sich das Verhältnis der Parteien zunehmend verschlechtert. Nachdem zunächst ein Ausschluss des Verfügungsklägers zu 2) in Betracht gezogen wurde, hat der Verfügungsbeklagte nach weiterer Eskalation der Auseinandersetzungen den Sozietätsvertrag mit Schreiben vom 18.6.2001 fristlos gekündigt.

Die Verfügungskläger haben im Wege der einstweiligen Verfügung u.a. beantragt, den Verfügungskläger zu verpflichten, es zu unterlassen, als Rechtsanwalt zum Nachteil der Anwaltskanzlei Dr. M. und Partner Wettbewerb zu machen, insbesondere außerhalb der Sozietät der Verfügungskläger selbstständig oder in Sozietät oder als abhängig Beschäftigter für eine andere Rechtsanwaltskanzlei tätig zu sein, weiter, es zu unterlassen, für ehemalige und gegenwärtige Mandanten als Rechtsanwalt tätig zu sein.

Das Landgericht hat den Verfügungsbeklagten zur Unterlassung einer Wettbewerbstätigkeit bis zum 20.6.2003 verurteilt.

Hiergegen richtet sich die Berufung des Verfügungsbeklagten, der die Auffassung vertritt, die Mandantenschutzklausel in dem Sozietätsvertrag vom 8.1.1990 sei nichtig.

Der Senat hat das landgerichtliche Urteil abgeändert und den Antrag auf Erlass der begehrten Unterlassungsverfügung insgesamt zurückgewiesen.

Aus den Gründen:

Die Verfügungskläger haben keinen Anspruch gegen den Verfügungsbeklagten, die Betreuung gegenwärtiger und ehemaliger Mandanten der vormaligen Anwaltssozietät Dr. M. zu unterlassen. Die Mandantenschutzvereinbarung in § 2 Abs. 2 Satz 3 und 4 des Sozietätsvertrages, aus der die Verfügungskläger ihren Unterlassungsanspruch herleiten, ist gemäß § 138 BGB sittenwidrig und nichtig. Die Vereinbarung kann auch nicht unter Herabsetzung der zeitlichen und gegenständlichen Geltung in entsprechender Anwendung von § 139 BGB aufrechterhalten werden.

1. Nach der **Wertentscheidung des Art. 12 GG**, die auch im Privatrecht zu beachten ist, ist die vertragliche Beschränkung der Berufsausübung nur insoweit gerechtfertigt, als ein anerkanntes Bedürfnis besteht, den Vertragspartner vor einer illoyalen Verwertung des Erfolgs seiner oder der gemeinsamen Arbeit zu schützen. Über das sich hieraus ergebende schützenswerte Interesse des begünstigten Vertragspartners darf ein Wettbewerbsverbot nicht hinausgehen.

In dem Maße, wie dies dennoch der Fall ist, ist regelmäßig die Freiheit der Berufsausübung des Verpflichteten übermäßig eingeschränkt mit der Folge, dass das Wettbewerbsverbot sittenwidrig und damit nichtig ist (*st. Rspr. d. BGH v. 8.5.2000 - II ZR 308/98, NJW 2000, 2584 = MDR 2000, 977; v. 29.10.1990 - II ZR 241/89, NJW 1991, 699 = GmbHR 1991, 15 = MDR 1991, 412; v. 28.4.1986 - II ZR 254/85, NJW 1986, 2944 = MDR 1987, 30; v. 26.3.1984 - II ZR 229/83, NJW 1984, 2366 = GmbHR 1984, 234 = MDR 1984, 819*).

Dies gilt auch dann, wenn sich - wie hier - die Vertragspartner gleichberechtigt gegenüberstehen. Auch in einem solchen Fall ist die Grenze zur Sittenwidrigkeit nicht erst dann überschritten, wenn die Vereinbarung die Bewegungsfreiheit des Verpflichteten übermäßig beschränkt, namentlich dessen wirtschaftliche Existenz gefährdet oder vernichtet. Vielmehr muss jede vertragliche Beschränkung der Berufsausübung durch ein anerkanntes Bedürfnis des Vertragspartners gerechtfertigt sein (*BGH v. 29.10.1990 - II ZR 241/89, NJW 1991, 699 = GmbHR 1991, 15 = MDR 1991, 412*).

Diesen Anforderungen wird das Wettbewerbsverbot in § 2 des Gesellschaftsvertrages der Parteien nicht gerecht.

Die Mandantenschutzklausel schränkt die Berufsfreiheit des Verfügungsbeklagten in doppelter Hinsicht ein. Die Vereinbarung enthält, wenngleich kein lebenslanges, so doch ein Wettbewerbsverbot mit einer außerordentlich langen **Laufzeit von sieben Jahren**. Zudem bezieht sie sich ohne zeitliche Begrenzung in die Vergangenheit **auf alle Personen, die zu irgendeinem Zeitpunkt in der elfjährigen Zusammenarbeit der Parteien in einem Mandatsverhältnis zu der Anwaltskanzlei Dr. M., G. und R. standen**.

a) Nach gefestigter Rechtsprechung des BGH besteht beim Ausscheiden eines Gesellschafters ein schützenswertes Interesse des Begünstigten an einem Mandantenschutz nur für einen Zeitraum, in dem die während des Bestehens der Gesellschaft geschaffenen geschäftlichen Beziehungen fortwirken. **Da sich diese Beziehungen nach einer gewissen Zeit verflüchtigen, muss das Konkurrenzverbot zeitlich begrenzt sein** (*BGH v. 8.5.2000 - II ZR 308/98, NJW 2000, 2584 = MDR 2000, 977; v. 29.10.1990 - II ZR 241/89, NJW 1991, 699 = GmbHR 1991, 15 = MDR 1991, 412*).

Eine **Laufzeit von sieben Jahren** ist - wie das Landgericht zutreffend ausgeführt hat - **unangemessen**, denn für einen derart langen Schutz vor Konkurrenzaktivitäten des ausscheidenden Gesellschafters besteht kein anerkanntes Bedürfnis.

Die Mandantenschutzklausel könnte jedoch - verstieße sie nur wegen der überlangen zeitlichen Bindung gegen die guten Sitten - im Wege der geltungserhaltenden Reduktion auf das noch zu billigende Maß zurückgeführt werden. Dem liegt die Erwägung zugrunde, dass eine zu weit gehende zeitliche Erstreckung der Beschränkung derart in Teilabschnitte zu zerlegen ist, dass diese sich als Teile eines ganzen Vertrages i.S.d. § 139 BGB darstellen mit der Folge, dass sie bei einem entsprechenden Parteiwillen mit einer kürzeren, nicht zu beanstandenden Laufzeit aufrechterhalten bleiben (*st. Rspr. d. BGH v. 14.7.1997 - II ZR 238/96, NJW 1997, 3089 = MDR 1997, 953; v. 29.10.1990 - II ZR 241/89, NJW 1991, 699 = GmbHR 1991, 15 = MDR 1991, 412*).

b) Eine **geltungserhaltende Reduktion** kommt aber vorliegend nicht in Betracht. Das Wettbewerbsverbot verstößt nämlich nicht allein wegen der unangemessen langen Laufzeit gegen die guten Sitten, sondern überschreitet auch

dem Gegenstand nach das zulässige Maß, weil es sich nicht nur auf die gegenwärtigen, sondern ohne jede zeitliche oder sächliche Begrenzung auf alle ehemaligen Mandanten erstreckt, gleich aus welchem Grund oder wie lange das Mandatsverhältnis nicht mehr besteht und unabhängig davon, welcher Anwalt das frühere Mandat begründet und betreut hat.

Die vertragliche Beschränkung der Berufsfreiheit findet ihre Rechtfertigung allein darin, dass der Berechtigte vor einer illoyalen Verwertung des Erfolgs gemeinsamer Arbeit durch den Verpflichteten geschützt werden soll. **Von einer illoyalen Verwertung des Erfolgs gemeinsamer Arbeit kann aber bei der Betreuung ehemaliger Mandanten einer Anwaltskanzlei, die diese schon vor dem Ausscheiden des Verpflichteten verloren hatte, nicht gesprochen werden.**

Das zwischen den Parteien vereinbarte Wettbewerbsverbot erfasst aber gerade auch solche Mandanten. Nach dem Wortlaut der Klausel wäre der ausgeschiedene Anwalt von dem Wettbewerb um Mandanten ausgeschlossen, die sich aus Unzufriedenheit mit der Betreuung durch einen anderen Anwalt der Sozietät in der Vergangenheit von dieser bereits abgewandt hatten.

Gleichermaßen wäre ihm die Fortführung oder Neubegründung solcher Mandatsverhältnisse untersagt, denen eine besondere, z.B. verwandtschaftliche Beziehung oder ein ausgeprägtes Vertrauensverhältnis zugrunde liegt. Die Aussicht, einen solchen Mandanten für die Sozietät gewinnen zu können, liegt auch für den Fall fern, dass dem Ausgeschiedenen eine Fortführung oder Neubegründung des Mandats untersagt wäre. Von einem schützenswerten Interesse der Kanzlei vor einem Wettbewerb des Ausgeschiedenen kann in diesen Fällen keine Rede sein.

Schließlich wird sich auch ein Mandant, dessen Mandat zur Zufriedenheit geführt und beendet worden ist, im Falle neuen Beratungs- oder Vertretungsbedarfs nicht regelmäßig, unbesehen und unabhängig vom Zeitablauf erneut an dieselbe Anwaltskanzlei wenden. Angesichts zunehmender **Spezialisierung in der Anwaltschaft** wird die Entscheidung eines Mandanten für eine Anwaltskanzlei nicht zuletzt von deren Renommee auf dem jeweils geforderten Spezialgebiet abhängen. Hinzu kommt, dass die Bindung eines ehemaligen Mandanten an eine Anwaltskanzlei mit fortschreitender Zeit abnimmt und der früheren Tätigkeit umso geringere Bedeutung

für die neuerliche Entscheidung zukommt, je weiter sie zurückliegt. Dies gilt insbesondere für den häufigen Fall wechselnden Anwaltsbestandes in einer Kanzlei.

Bei Anwaltskanzleien ist daher nicht jeder ehemalige auch mit hinreichender Wahrscheinlichkeit ein zukünftiger Mandant. Ein anerkennenswertes Interesse der Verfügungskläger, sich vor der Konkurrenz um Mandanten zu schützen, die die Kanzlei im Zeitpunkt des Ausscheidens des Verfügungsbeklagten bereits verloren hatte, besteht indessen nicht. Keines Schutzes bedürfen die Verfügungskläger auch hinsichtlich solcher ehemaliger Mandanten, die auf eigenen Wunsch einzig vom Verfügungsbeklagten betreut worden waren.

Die einen derart weit gehenden Schutz bezweckende Regelung in § 2 Abs. 2 Satz 3 und 4 des Gesellschaftsvertrages ist daher nichtig (vgl. hierzu auch BGH v. 29.10.1990 - II ZR 241/89, NJW 1991, 699 = GmbHR 1991, 15 = MDR 1991, 412, für den Fall eines Wettbewerbsverbots bei einer Steuerberaterkanzlei).

Die Erstreckung auf **sämtliche ehemalige Mandanten** der Kanzlei kann auch nicht im Wege geltungserhaltender Reduktion auf das noch zu billigende Maß zurückgeführt werden. Die geltungserhaltende Reduktion findet dort ihre Grenze, wo die Sittenwidrigkeit nicht allein in der zeitlichen Ausdehnung liegt, sondern das Wettbewerbsverbot auch in gegenständlicher Hinsicht das notwendige Maß überschreitet. In einem solchen Fall müsste nicht nur eine bloß quantitativ zu weit gehende, im Übrigen aber von dem anzuerkennenden Willen der Parteien getragene Regelung auf das zulässige Maß zurückgeführt werden. Vielmehr müsste auf den übrigen Inhalt des sittenwidrigen Geschäfts rechtsgestaltend eingewirkt werden.

Dies überschreitet den den Gerichten eingeräumten Gestaltungsspielraum und widerspricht zudem dem mit § 138 BGB verfolgten Zweck, dem Betroffenen das Risiko der Sittenwidrigkeit eines Wettbewerbsverbots zuzuweisen (BGH v. 14.7.1997 - II ZR 238/96, NJW 1997, 3089 = MDR 1997, 953; v. 29.10.1990 - II ZR 241/89, NJW 1991, 699 = GmbHR 1991, 15 = MDR 1991, 412). So ist es aber hier. Die Erstreckung des Wettbewerbsverbots auf sämtliche ehemalige Mandanten betrifft nicht den zeitlichen, sondern den gegenständlichen Geltungsbereich (BGH v. 26.3.1984 - II ZR 229/83, NJW 1994, 2366 = GmbHR 1984, 234 = MDR 1984, 819).

Für eine Beschränkung des Kreises der ehemaligen Mandanten, die vom Wettbewerbsverbot erfasst sein sollen, sind ganz **unterschiedliche Regelungen denkbar; etwa die Anknüpfung an ein von dem jeweiligen Anwalt in der Kanzlei vornehmlich bearbeitetes Sachgebiet, an die Person des jeweils tätig gewesenen Anwalts oder an den bei erneuter Beauftragung geäußerten Wunsch des ehemaligen Mandanten.** Eine zeitliche Begrenzung in die Vergangenheit ist demnach nur eine von mehreren sachgerechten Möglichkeiten, das Wettbewerbsverbot auf das **notwendige** und damit **zulässige** Maß zu beschränken.

Da nach alledem die vereinbarte Mandantenschutzklausel in mehrfacher Weise sittenwidrig ist und ein Anhaltspunkt dafür fehlt, welche Regelung im Falle der Unwirksamkeit von § 2 des Gesellschaftsvertrages **gelten soll**, ist für eine teilweise Aufrechterhaltung der sittenwidrigen Regelung kein Raum.

2. Ein Unterlassungsanspruch der Verfügungskläger besteht auch nicht **unter** einem anderen rechtlichen Gesichtspunkt. Die **nachvertragliche Treuepflicht** schließt den ausgeschiedenen Gesellschafter nicht vom Wettbewerb um die Mandanten der Gesellschaft aus. Nach seinem Ausscheiden aus der Gesellschaft ist der Verfügungsbeklagte nicht gehalten, durch **eigene geschäftliche Zurückhaltung** die Gesellschaft vor wirtschaftlichen Nachteilen zu bewahren (BGH v. 29.10.1990 - II ZR 241/89, NJW 1991, 699 = GmbHR 1991, 15 = MDR 1991, 412).

Auch der **Abfindungsvereinbarung** in § 16 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages ist Abweichendes nicht zu entnehmen. Zwar ist in der Regel davon auszugehen, dass das Ausscheiden eines Gesellschafters aus einer Freiberuflersozietät gegen Zahlung einer Abfindung, die auch den **Wert des Mandantenstammes** abgelten soll, mangels abweichender Abreden zur Folge hat, dass der ausscheidende Gesellschafter die Mandanten der Sozietät nicht mitnehmen darf, sondern sie **längstens für zwei Jahre** - seinen bisherigen Partnern belassen muss (BGH v. 8.5.2000 - II ZR 308/98, NJW 2000, 2584 = MDR 2000, 977).

Dieser Grundsatz kann hier aber nicht herangezogen werden. Der Sozietätsvertrag der Parteien enthält in § 2 Abs. 2 und § 16 Abs. 2 aufeinander abgestimmte und voneinander abhängige Regelungen. Die **Einbeziehung** des in den Beziehungen zu den Mandanten bestehenden „good will“ in die Abfindung ist der Aus-

gleich dafür, dass der ausscheidende Gesellschafter den Mandantenstamm seinen bisherigen Sozii belässt. Folge der Nichtigkeit der Mandantenschutzklausel in § 2 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages ist daher die Nichtigkeit auch der Abfindungsregelung.

Ob die Parteien, hätten sie die Unwirksamkeit des vereinbarten Wettbewerbsverbots gekannt, eine eingeschränkte, in zeitlicher und gegenständlicher Hinsicht das notwendige Maß nicht überschreitende Mandantenschutzklausel vereinbart hätten oder von einer solchen abgesehen und dem ausscheidenden Gesellschafter im Gegenzug auch keinen den „good will“ umfassenden Abfindungsanspruch zugebilligt hätten, lässt sich den Vereinbarungen nicht entnehmen.

Der Senat sieht sich daher an einer rechtsgestaltenden Einwirkung durch Anpassung des Wettbewerbsverbots unter Aufrechterhaltung des vollen Abfindungsanspruchs gehindert. Ein Anspruch der Verfügungskläger auf Unterlassung der Betreuung gegenwärtiger oder ehemaliger Mandanten der vormaligen Anwaltskanzlei Dr. M., G. und R. besteht daher im Ergebnis nicht.

Steuerberaterhaftung

- Belehrungspflichten
 - Rücknahme des Einspruchs und deren Folgen
 - Höhe der Produktionsverluste
- (OLG Zweibrücken, Urt. v. 16.11.2000 - 4 U 286/99)

Leitsätze:

1. Ein Steuerberater muss seinen Mandanten nicht vorsorglich darüber belehren, dass mit der Rücknahme des Einspruchs gegen einen Steuerbescheid nachteilige Folgen verbunden sind.
2. Die Frage, ob es sinnvoll ist, eine Auseinandersetzung mit dem Finanzamt mittels Einholung eines Gutachtens eines Nahrungsmittelsachverständigen weiterzuführen (hier: Produktionsverluste bei Herstellung von Grillschinken), liegt auf tatsächlichem Gebiet und ist in erster Linie an den Mandanten des Steuerberaters selbst gerichtet. Schätzt der Mandant diese Sachlage falsch ein, so kommt eine Haftung des Steuerberaters wegen Falschberatung grundsätzlich nicht in Betracht.

Zum Sachverhalt:

Der Kläger ist Schausteller und betreibt auf Volksfesten Imbissstände, in denen er Grillschinken als Brötchen- und Tellergerichte vertreibt. Die von ihm verkaufte Ware stellt er selbst aus Rohschinken mit einem Gewicht zwischen 8 und 10 kg her, indem er die Fleischware aufbereitet, grillt, schneidet und so in den Verkauf bringt.

Steuerrechtlich wurde er zunächst von der Firma J. beraten. Am 1.8.1994 erteilte er dieser Firma Vollmacht, in seinem Namen und Auftrag weitere Steuerberatungsverträge zu schließen. Auf dieser Grundlage beauftragte die Firma J. den Gemeinschaftsdner, Steuerberater M., für den Kläger tätig zu werden. Über das Vermögen dieses Steuerberaters ist am 31.7.1997 das Konkursverfahren eröffnet worden; der Beklagte ist Konkursverwalter.

Der Kläger nimmt den Beklagten wegen Verletzung des Steuerberatungsvertrages durch den Gemeinschaftsdner M. in Anspruch. Dem liegt folgender Sachverhalt zugrunde:

Aufgrund einer Betriebsprüfung des Finanzamts im März 1995 wurde bei dem Kläger die Buchführung für die Jahre 1991 bis 1993 beanstandet. Die genannten Zahlen wurden nicht anerkannt und deshalb die Schätzung des Betriebsgewinns des Klägers vorgenommen. Das Finanzamt ging dabei davon aus, dass von dem Gewicht des durch den Kläger eingesetzten Rohschinkens 60% als Verkaufsware auf dem Teller bzw. in dem Brötchen landen, während der Rest als Schwund (Fett, Abfall, Knochen etc.) unberücksichtigt bleiben muss. Diese Schwundquote wurde später in den Steuerbescheiden vom 29.3.1996 und 21.6.1996 noch zugunsten des Klägers auf 50% korrigiert.

Gegen diese Steuerbescheide legte der Gemeinschaftsdner – der unstreitig mit der beanstandeten Buchführung aus den Jahren 1991 bis 1993 nicht befasst war – für den Kläger Einspruch ein, weil der Kläger der Meinung war, die Schwundquote sei zu niedrig angesetzt.

In der Folgezeit kam es zwischen dem Gemeinschaftsdner und der Firma J. einerseits und dem Finanzamt andererseits zu zahlreichem Schriftwechsel, in welchem über eine gütliche Beilegung verhandelt wurde. Gleichzeitig korrespondierte vor allem die Firma J. mit dem Kläger wegen der Erfolgsaussichten.

In einem Schreiben vom 23.2.1996 stellte sie die Einholung eines entsprechenden Privatgutachtens eines Sachverständigen zu den Produktionsverlusten in Aussicht.

Am 3.9.1996 nahm der Kläger einen durch die Firma J. vereinbarten Termin beim Finanzamt zur Besprechung der Angelegenheit wahr. Der Gemeinschaftsdner befand sich zu diesem Zeitpunkt in Urlaub. Vonseiten der Firma J. war niemand anwesend. Im Rahmen des Termins nahm der Kläger seine Einsprüche gegen die Steuerbescheide vom 29.3.1996 und 21.6.1996 zurück.

In der Folgezeit gab der Kläger ein Sachverständigengutachten zur Frage der Produktionsverluste in Auftrag. Der Sachverständige kam dabei zu dem Ergebnis, dass sich der tatsächliche Gewichtsschwund des durch den Kläger eingesetzten Schinkens auf über 70% belaufe.

Der Kläger, der die Erkenntnisse aus dem Gutachten des Sachverständigen wegen der Zurücknahme der Einsprüche nicht mehr verwerten kann, sieht sich durch den Gemeinschaftsdner falsch beraten und geschädigt und hat deshalb beantragt, zu seinen Gunsten eine Schadenersatzforderung in Höhe von 188.110,33 DM zur Konkurstabelle festzustellen.

Das Landgericht hat die Klage abgewiesen. Die dagegen gerichtete Berufung blieb ohne Erfolg.

Aus den Gründen:

Mit dem Landgericht ist auch der Senat der Auffassung, dass der Kläger keinen Anspruch gegen den Beklagten wegen Verletzung seines mit dem Gemeinschaftsdner eingegangenen Steuerberatungsvertrages (pVV) besitzt.

1. Die Anspruchsvoraussetzungen für eine positive Vertragsverletzung sind nicht gegeben. Als Schadenereignis käme dabei allenfalls in Betracht, dass die Steuerbescheide betreffend die Jahre 1991 bis 1993, welche den Kläger angeblich mit zu hohen Steuerforderungen belasten, wegen deren Bestandskraft nicht rückgängig gemacht werden können. Die Schaden stiftende Handlung hat aber nicht der Gemeinschaftsdner, sondern der Kläger selbst vorgenommen.

Unstreitig war er es, der im Besprechungstermin vor dem Finanzamt am 3.9.1996 die durch den Gemeinschaftsdner eingelegten Rechtsbehelfe

wieder zurückgenommen hat. Dem Gemeinschuldner könnte deshalb allenfalls zum Vorwurf gemacht werden, **dass er den Kläger über die Konsequenzen der Zurücknahme eines Einspruchs gegen einen Steuerbescheid nicht vorsorglich belehrt hat.**

Mit dem Landgericht ist auch der Senat der Auffassung, dass die im Verhältnis zwischen Steuerberater und Mandanten bestehenden Sorgfaltpflichten dies nicht erforderlich machen.

Es kann schon in das Allgemeinwissen gestellt werden, dass ein eingeleiteter Rechtsbehelf gegen eine Verwaltungsentscheidung nicht wieder zurückgenommen werden kann, ohne dass dadurch Nachteile befürchtet werden müssen. Jedenfalls durfte der Gemeinschuldner von einem entsprechenden Kenntnisstand des Klägers, der ein Geschäft führt, ausgehen.

Dem Gemeinschuldner kann auch nicht zum Vorwurf gemacht werden, dass er den Kläger zur **Rücknahme** der Einsprüche **durch eine Falschberatung** im Rahmen des Steuerberatungsvertrages veranlasst hätte. Aus dem übereinstimmenden Vortrag der Parteien, aber auch dem gesamten vorgelegten Schriftwechsel, ergibt sich, **dass einzig und allein die Größe der Produktionsverluste bei der Herstellung des Grillschinkens im Betrieb des Klägers im Streit war.** Dass es sich dabei nicht um ein steuerrechtliches Problem handelt, liegt auf der Hand.

Steuerrechtliche Fragen, für die der Kläger auf die Fachkompetenz des Gemeinschuldners angewiesen gewesen wäre, **waren nicht im Streit.** Die Frage, ob es sinnvoll war, die Auseinandersetzung mit dem Finanzamt mittels der Einholung eines entsprechenden Privatgutachtens eines Nahrungsmittelsachverständigen weiterzuführen oder die Festsetzung zu akzeptieren, war daher in erster Linie an den Kläger selbst gerichtet.

Im Übrigen ist es nicht zu beanstanden, dass seitens der Firma J. und des Gemeinschuldners zunächst Verhandlungen mit dem Finanzamt zur Vermeidung der Einholung des in Frage stehenden Gutachtens geführt wurden. Dies gilt auch dann noch, wenn – wie der Kläger behauptet – durch ihn tatsächlich bereits ein Vorschuss für einen entsprechenden Gutachtenauftrag gezahlt worden sein sollte. Die Frage nach dem Verwendungszweck der in dem Schreiben vom 23.2.1996 erwähnten 6.000 DM kann deshalb offen bleiben.

2. Nach alledem kommt es auf die Frage, ob ein Schaden tatsächlich entstanden ist, nicht mehr an. Die Klage war auch hinsichtlich des in zweiter Instanz geänderten Antrags in vollem Umfang unbegründet und die Berufung des Klägers deshalb zurückzuweisen.

Versicherungsschutz

- Veruntreuung durch Mitarbeiter
 - Deckungsausschluss
 - Verjährungsverzicht
 - Auslegung
- (LG Köln, Urt. v. 28.2.2002 – 24 O 249/01)

Leitsätze (d. Red.):

1. Der Ausschlusstatbestand der Veruntreuung durch Personal i.S.d. § 4 Ziff. 5 AVB-RWB ist nicht eng auszulegen. Er erfasst alle strafrechtlichen Untreuetatbestände.

2. Der Verjährungsverzicht bis einen Monat nach Rechtskraft der ausstehenden Gerichtsentscheidung ist dahin auszulegen, dass auch die bindende Beendigung durch Vergleich erfasst wird.

Zum Sachverhalt:

Die Klägerin ist Steuerberaterin und betreibt ein Steuerberatungsbüro. Sie schloss mit der Beklagten am 2.11.1987 einen Vermögensschaden-Haftpflichtversicherungsvertrag, wobei durch einen Nachtrag vom 18.6.1991 eine Höchstdeckungssumme von 500.000 DM je Versicherungsfall vereinbart wurde. Dem Vertrag lagen die Allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung von Rechtsanwälten und von Angehörigen der wirtschaftsprüfenden sowie wirtschafts- und steuerberatenden Berufen (AVB-RWB) zugrunde.

Seit 1988 war die Kanzlei der Klägerin für Herrn C. steuerberatend tätig, wobei zentraler Tätigkeitsbereich die Fertigung der Umsatzsteuervoranmeldungen und des Umsatzsteuerjahresabschlusses war.

Im Jahre 1992 stellte die Klägerin Frau M. als Steuerfachgehilfin ein; diese war in der Folgezeit mit der Betreuung des Mandanten C. befasst.

Im Rahmen ihrer Tätigkeit bereicherte sich Frau M., indem sie den Mandanten C. – entgegen der üblichen Gepflogenheiten des Steuerberatungsbüros – aufforderte, Blankoschecks an die Kanzlei zu übersenden. Nachdem Herr C. der Aufforderung nachgekommen war, fertigte sie mit Hilfe eines Computerprogramms eine Umsatzsteuervoranmeldung an und setzte den dort errechneten Betrag in das ihr durch den Mandanten überlassene Scheckformular ein. Die mit Hilfe des Computers erstellte Umsatzsteuervoranmeldung sandte sie Herrn C. zu. Für diesen war dann Berechnungsergebnis der Steuervoranmeldung und spätere Abbuchung im Betrag identisch.

Zeitgleich fertigte Frau M. eine eigene handschriftliche Voranmeldung für den Mandanten und sorgte durch Angabe falscher Daten dafür, dass keine Umsatzsteuervorauszahlung mehr zu leisten war. Diese Umsatzsteuererklärung sandte sie an das für Herrn C. zuständige Finanzamt. Anschließend ließ sie sich den Scheckbetrag auf ihrem eigenen Konto gutschreiben.

Auf diese Weise gelang es Frau M., sich um insgesamt mehr als 1 Mio. zu bereichern. Wegen dieser Vorgänge kam es schließlich zu einem Strafverfahren vor dem Landgericht, in welchem Frau M. wegen Untreue in 74 Fällen sowie wegen Urkundenfälschung zu einer mehrjährigen Freiheitsstrafe verurteilt wurde.

Mit Schreiben vom 15.12.1997 meldete die Klägerin der Beklagten den Vorgang als Haftpflichtfall und fragte Deckung an. Mit Schreiben vom 23.1.1998 lehnte die Beklagte unter Hinweis auf ihre AVB-RWB den Versicherungsschutz für den Haftpflichtfall C. ab.

Der geschädigte Mandant der Versicherungsnehmerin, Herr C., erhob gegen die Klägerin und ihre Angestellte Frau M. beim Landgericht Klage auf Schadenersatz in Höhe von 795.046,52 DM. Das Landgericht gab der Klage mit Urteil vom 26.3.1999 statt. Das Landgericht vertrat dabei die Auffassung, die Klägerin habe für das Fehlverhalten ihrer Mitarbeiterin gemäß § 278 Satz 1 BGB zu haften, weshalb Herrn C. ein Anspruch auf die streitgegenständliche Summe aus positiver Vertragsverletzung zustehe.

Gegen dieses Urteil legte die Klägerin Berufung beim Oberlandesgericht ein. Zwischenzeitlich sagte die Beklagte der Klägerin in einem Schreiben vom 21.1.2000 zu, dass sie bis zum Ablauf eines Monats nach Zustellung der Entscheidung

des mit dem Haftpflichtprozess befassten Oberlandesgerichts auf die Geltendmachung der Einrede der Verjährung verzichten werde.

In der Sitzung des Oberlandesgerichts vom 5.4.2001 schlossen die Parteien sodann einen Vergleich, in dem sich die Klägerin zum Ausgleich aller zwischen ihr und Herrn C. bestehenden Rechtsverhältnisse verpflichtete, an diesen 650.000 DM bis spätestens 31.10.2001 zu zahlen.

Der Vergleich enthielt in seiner Schlussklausel ein gestaffeltes Widerrufsrecht, wonach das Finanzamt als Streithelfer bis zum 18.4.2001, der Kläger des damaligen Verfahrens, Herr C., bis zum 27.4.2001 und die Beklagte (und Klägerin des vorliegenden Verfahrens) bis zum 14.5.2001 den geschlossenen Vergleich widerrufen konnten. Keiner der Beteiligten nutzte das Widerrufsrecht aus.

Die Klägerin behauptet, sie habe ihre Leistungsverpflichtung aus dem Vergleich vom 5.4.1999 gegenüber Herrn C. erfüllt. Hinsichtlich des schadenauslösenden Ereignisses ist sie der Ansicht, ihr sei es unmöglich gewesen zu bemerken, dass ihre Mitarbeiterin Frau M. Mandant C. betrog und seine Gelder veruntreute.

Sie ist der Auffassung, dass ihr Anspruch aus dem Versicherungsvertrag weder aufgrund § 4 Ziff. 5 AVB-RWB noch wegen § 4 Ziff. 6 AVB-RWB ausgeschlossen sei. Ebenso wenig stehe dem Anspruch die Einrede der Verjährung entgegen.

(Anträge ...)

Die Beklagte ist der Auffassung, dass der Klägerin aufgrund des streitgegenständlichen Vorganges kein Vermögensschaden entstanden sei. Vielmehr liege ein Sachschaden vor, der von der vertraglich geschuldeten Leistung nicht mehr umfasst sei. Zudem habe die Klägerin diesen Schaden nicht schuldhaft herbeigeführt, weshalb ein Anspruch der Klägerin nicht bestehen könne.

Sie ist des Weiteren der Ansicht, dass einem etwaig bestehenden Anspruch jedenfalls die Einrede der Verjährung entgegenstehe, und erhebt die entsprechende Einrede. (...)

Die Klage ist nicht begründet. Die Klägerin hat aus dem streitgegenständlichen Versicherungsvertrag im Hinblick auf das Fehlverhalten ihrer Angestellten M. keinerlei Ansprüche gegen die Beklagte.

Aus den Gründen:

Der Kammer erscheint es schon fraglich, ob nach dem eigenen Vortrag der Beklagten überhaupt ein Versicherungsfall gegeben ist. Denn legt man ihre eigene Sachdarstellung der Dinge zugrunde, war ihr kein Verschuldensvorwurf zu machen, so dass auch keinerlei Ersatzansprüche des Herrn C. bestanden, für die die Beklagte eintrittspflichtig sein könnte.

Auf eine Klärung dieses Punktes kam es indes nicht an. Denn selbst wenn man der Rechtsansicht des Landgerichts folgen wollte, ist eine Haftung der Beklagten jedenfalls im Hinblick auf den Ausschlussgrund des § 4 Ziff. 5 AVB-RWB nicht gegeben; zudem hat die Beklagte zu Recht die Einrede der Verjährung erhoben.

Nach § 4 Ziff. 5 AVB-RWB bezieht sich der Versicherungsschutz nicht auf Haftpflichtansprüche wegen Schäden, die durch Fehlbeträge bei der Kassenführung, durch Verstöße beim Zahlungsakt oder durch Veruntreuung durch das Personal des Versicherten entstehen.

Diese Voraussetzungen sind erfüllt. Frau M. hat sich gegenüber Herrn C. in Ausübung ihrer Tätigkeit für das Steuerbüro der Klägerin der Untreue gemäß § 266 Abs. 1 StGB strafbar gemacht. Infolgedessen ist die Klägerin durch Herrn C. auf Zahlung in Anspruch genommen worden.

Soweit die Klägerin der Ansicht ist, die von der Mitarbeiterin der Klägerin begangene Untreue erfülle keine der in § 4 Ziff. 5 AVB-RWB aufgeführten Varianten, insbesondere nicht den Fall der „Veruntreuung“, da dieser sich alleine auf den Veruntreuungstatbestand des § 246 Abs. 2 StGB beziehe, kann dem die Kammer nicht folgen.

Zwar ist die Mitarbeiterin Frau M. vom Landgericht lediglich wegen Untreue und Urkundenfälschung, nicht hingegen wegen veruntreuen der Unterschlagung i.S.d. § 246 Abs. 2 StGB verurteilt worden. Nach Auffassung der Kammer ist das Wort „**Veruntreuung**“ jedoch nicht eng auszulegen, sondern vielmehr dahin gehend zu verstehen, dass jedweder Untreuetatbestand im Sinne strafrechtlicher Regelungen erfasst sein soll.

Für dieses **Verständnis der genannten Ausschlussklausel** spricht sowohl die systematische Stellung des Begriffs „Veruntreuung“ als auch

ihr Sinn und Zweck. Der Variante der „Veruntreuung durch das Personal des Versicherungsnehmers“ sind in § 4 Ziff. 5 AVB-RWB nämlich die Ausschlussvarianten „Fehlbeträge bei der Kassenführung“ und „Verstöße beim Zahlungsakt“ durch das Personal vorangestellt. Beide Fälle betreffen Handlungsweisen, die sich dadurch auszeichnen, dass sie geeignet sind, den Tatbestand der Untreue i.S.d. § 266 StGB zu erfüllen. Es liegt daher nahe, auch die dritte Fallvariante in diesem Zusammenhang zu sehen.

Die Ausschlussklauseln in den AVB-RWB zielen im Übrigen erkennbar darauf ab, dass solche Verhaltensweisen von Mitarbeitern der Versicherungsnehmer zu Sanktionen führen sollen, die einen Vermögensschaden beim Versicherer unter Ausnutzung der ihnen im Rahmen ihrer Tätigkeit eingeräumten Vertrauensstellung herbeiführen. Vor diesem Hintergrund würde es nach Auffassung der Kammer keinen Sinn machen, allein den Tatbestand des § 246 Abs. 2 StGB unter die Ausschlussklausel zu subsumieren, das schon ausweislich des Strafrahmens gleich zu bewertende kriminelle Verhalten der „echten“ Untreue nach § 266 StGB aber außen vor zu lassen.

Diesem Verständnis steht – entgegen der Ansicht der Klägerseite – auch nicht der Wortlaut des § 4 Ziff. 5 AVB-RWB zwingend entgegen. Auch wenn der Gesetzgeber das Wort „veruntreuen“ alleine für die Handlungsalternative des § 246 Abs. 2 StGB verwendet hat, macht der allgemeine Sprachgebrauch keinerlei entsprechende Differenzierung, versteht vielmehr unter diesem Begriff auch solche Handlungen, die das Strafgesetzbuch unter § 266 StGB einordnet.

Es erscheint der Kammer daher **zu weitgehend, die strafrechtliche Begrifflichkeit als für Formulierungen in Allgemeinen Geschäftsbedingungen bindend anzusehen**. Insoweit sei auch auf den Grundsatz der Relativität der Rechtsbegriffe hingewiesen, wonach eine Begrifflichkeit in zwei verschiedenen Rechtsbereichen durchaus unterschiedliche Bedeutung haben kann.

§ 4 Ziff. 5 AVB-RWB ist auch **wirksam in das zwischen den Parteien bestehende Vertragsverhältnis einbezogen** worden. Insbesondere verstößt die Vorschrift nicht gegen § 9 Abs. 1 oder Abs. 2 i.V.m. § 5 AGBG. Die Klauseln sind insoweit weder als mit Treu und Glauben un-

vereinbar noch als den Vertragszweck beeinträchtigend und auch nicht als überraschend anzusehen; sie erscheinen im Gegenteil als sachlich durchaus geboten.

Dies wurde im Rahmen intensiver Untersuchung und Auseinandersetzung mit diesem Regelwerk durch das Bundesaufsichtsamt und in zahlreichen Entscheidungen festgestellt (*BGH, VersR 1986, 647; BGH, VersR 1987; OLG Köln, VersR 1990, 191; OLG Köln, RuS 1989, 213*). Zwar ist diese Beurteilung nicht bindend; die Klägerin hat jedoch keinerlei Gesichtspunkte vorgebracht, die vor dem Hintergrund der höchstrichterlichen Rechtsprechung zu neuen Überlegungen Anlass geben könnten.

Unterfällt mithin der streitgegenständliche Schadenfall der Ausschlussregelung des § 4 Ziff. 5 AVB-RWB, so entfällt ein Anspruch der Klägerin im Übrigen deshalb, weil sich die Beklagte – jedenfalls nach Aktenlage im Zeitpunkt der letzten mündlichen Verhandlung – in rechtlich nicht angreifbarer Weise auf die Einrede der Verjährung beruft. Soweit die Klägerin nämlich der Ansicht ist, ihre Ansprüche seien nicht verjährt, geht dies nach Auffassung der Kammer fehl.

Soweit sich die Klägerin in diesem Zusammenhang darauf beruft, dass nach der Zusage der Beklagten der **Einwand der Verjährung bis einen Monat nach Rechtskraft der ausstehenden Entscheidung des Oberlandesgerichts nicht geltend gemacht werde**, eine rechtskräftige Entscheidung aber gar nicht ergangen sei (so dass – wie sie offenbar meint – besagter Monat gar nicht zu laufen begonnen habe), erscheint dies als unangemessene Überbetonung des Wortlauts, die der gebotenen Auslegung nicht standhält.

Denn wenn auch das Verfahren nicht durch Urteil, sondern durch Vergleich beendet wurde, hinderte dies den Beginn der nachgelassenen Monatsfrist nicht, muss doch nach dem erkennbaren Willen der Beklagten die Rechtskraft des Vergleichs der konkret angesprochenen Rechtskraft eines Urteils gleichgestellt werden.

Wenn sich die Beklagte vor dem Hintergrund des laufenden Verfahrens darauf eingelassen hatte, dass sie bis zum Ablauf eines Monats nach Zustellung der Entscheidung des mit dem Haftpflichtprozess befassten Oberlandesgerichts

auf die Geltendmachung der Einrede der Verjährung verzichten werde, so sollte damit erkennbar zum Ausdruck gebracht werden, dass die Klägerin nach Verfahrensbeendigung einen Monat Zeit haben sollte, den Umfang ihrer eigenen Haftung zu sichten und zu prüfen, inwieweit sie Ansprüche aus dem Versicherungsvertrag der Parteien geltend machen solle.

Entsprechende Klarheit über die Situation wäre mit einem Urteil des Oberlandesgerichts aber ebenso verbunden gewesen wie mit der konkreten Erledigung des Rechtsstreits durch Vergleich, so dass es erkennbar auch entscheidend auf den Verfahrensabschluss, nicht aber auf dessen Form ankommen konnte.

War mithin die **fragliche Formulierung dahin gehend auszulegen, dass nicht nur der Abschluss des Rechtsstreits durch ein Urteil, sondern auch die bindende Beendigung im Vergleichswege besagte Monatsfrist auslösen sollte**, so ist hier eine Verjährung eingetreten.

Denn mit Ablauf der Widerrufsfrist aufseiten der Widerspruchsberechtigten, des Finanzamts und des Herrn C., spätestens jedoch mit Ablauf der eigenen Frist für die Einlegung eines Widerspruchs am 14.5.2001, hatte die Klägerin Kenntnis über die Höhe des ihr aus den Vorgängen entstandenen Vermögensschadens.

Die Klage wurde jedoch erst am 18.6.2001 und damit mehr als einen Monat nach Abschluss des Rechtsstreits zwischen der Klägerin und Herrn C. anhängig gemacht.

Allerdings hat die Klägerin in einem nicht nachgelassenen Schriftsatz vorgetragen, dass sich die Verjährungssituation tatsächlich ganz anders darstelle.

Die Frage, ob dieser – der Kammer erst zwei Tage vor Verkündung des vorliegenden Urteils zugegangene – Schriftsatz noch Beachtung finden durfte (die Kammer neigt dazu, die Vorschrift des § 296a ZPO für einschlägig zu erachten, da die Verjährungsproblematik beklagten-seits eindeutig und mit für sich zutreffender Begründung in den Prozess eingeführt war, die Ausführungen der Kammer in der mündlichen Verhandlung mithin an sich nicht „überraschend“ sein konnten), bedurfte hier jedoch keiner näheren Klärung, da die Klage – wie ausgeführt – schon aus anderen Gründen abweisungsreif ist.

Haftung des Unterbevollmächtigten

- Vertretung des Hauptbevollmächtigten
- Regressanspruch
(LG Neuruppin, Urt. v. 20.7.2001 - 4 S 50/01)

Leitsätze (d. Red.):

1. Der Unterbevollmächtigte wird regelmäßig vom Hauptbevollmächtigten und nicht vom Mandanten beauftragt.
2. Ein Rechtsverhältnis besteht in der Regel nicht zwischen dem Vollmachtgeber - Mandanten - und dem Unterbevollmächtigten. Regressansprüche können gegenüber dem Hauptbevollmächtigten geltend gemacht werden.

Aus den Gründen:

Die Berufung ist zulässig, insbesondere form- und fristgerecht eingelegt und begründet worden, und hat auch in der Sache Erfolg.

Das Amtsgericht ist in der angefochtenen Entscheidung zu Unrecht zu der Auffassung gelangt, dass dem Kläger gegenüber dem Beklagten ein Schadenersatzanspruch aus § 675 Abs. 1 BGB in Höhe von 6.061 DM wegen Verletzung von Pflichten aus einem Geschäftsbesorgungsvertrag zusteht.

Unstreitig hatte der Kläger in dem Verfahren beim Amtsgericht den Rechtsanwalt H. mit seiner Vertretung beauftragt. Zum anberaumten Termin am 18.3.1999 war der Hauptbevollmächtigte verhindert und erteilte deshalb dem Beklagten Untervollmacht.

Soweit das Amtsgericht aus diesen unstreitigen Tatsachen die Schlussfolgerung gezogen hat, dass damit der Unterbevollmächtigte Vertragspartner des Auftraggebers geworden ist, hat es die Vollmacht von dem Anwaltsvertrag als Grundverhältnis nicht hinreichend unterschieden und dadurch unbeachtet gelassen, dass **der Vertretungsbefugnis nicht notwendig ein Rechtsverhältnis mit dem Vollmachtgeber zugrunde zu liegen braucht** (vgl. BGH, NJW 1981, 1728 m.w.N.).

So ist der Unterbevollmächtigte eines Prozessvertreters zwar Vertreter der Partei, in deren Namen er handelt. In der Regel wird aber die

Substitution für eine Tätigkeit, die der Prozessbevollmächtigte pflichtgemäß selbst vorzunehmen hätte, von ihm im eigenen Namen aufgetragen und daher von ihm u.a. auch selbst bezahlt werden müssen (BGH, a.a.O., m.w.N.).

Zwar lag der zitierten Entscheidung des Bundesgerichtshofs ein von diesem Normalfall abweichender Ausnahmefall zugrunde, der letztendlich nach den Grundsätzen der Anscheinsvollmacht zu einem vertraglichen Gebührenanspruch des beauftragten **weiteren Rechtsanwalts** geführt hat. Dies ändert aber nichts an der Tatsache, dass der BGH bei dieser Gelegenheit für den Regelfall jedenfalls die Rechtsauffassung vertreten hat, dass **der Unterbevollmächtigte regelmäßig von dem Hauptbevollmächtigten in eigenem Namen beauftragt wird, wenn er Tätigkeiten wahrnimmt, die der Prozessbevollmächtigte pflichtgemäß selbst hätte vornehmen müssen.**

Die Vertretung des Klägers in der mündlichen Verhandlung am 18.5.1997 in dem Verfahren gehörte zu den Aufgaben des Hauptbevollmächtigten, die dieser allein deshalb nicht wahrnehmen konnte, weil er - wie er im Schreiben vom 17.3.1999 ausdrücklich mitgeteilt hat - **überraschend** verhindert war und das Gericht seinem Antrag auf Terminaufhebung oder -verlegung nicht stattgegeben hatte.

Die Vertretung im Termin erfolgte also genau zu dem Zweck, die eigentlich dem Hauptbevollmächtigten obliegenden Pflichten zur Terminwahrnehmung durch den Unterbevollmächtigten wahrnehmen zu lassen.

Der Hauptbevollmächtigte war nicht etwa wegen fehlender Postulationsfähigkeit oder großer Entfernung zum Ort des Prozessgerichts von vornherein „gezwungen“, für die Wahrnehmung des Termins einen Unterbevollmächtigten einzuschalten.

Der Auftrag zur Terminvertretung ist auch nicht für den Beklagten erkennbar im Namen des Klägers erteilt worden. In dem genannten Schreiben vom 17.3.1999 ist lediglich darauf hingewiesen worden, dass der Hauptbevollmächtigte den Kläger vertreten hat. Ein Hinweis darauf, dass die Erteilung der Untervollmacht und die Beauftragung mit der Vertretung im Termin in Absprache mit dem Kläger und auf dessen Kosten erfolgen sollte, lässt sich der vorliegenden Korrespondenz nicht entnehmen.

Da nach dem Abstraktionsprinzip Vertretungsmacht und das zugrunde liegende Rechtsverhältnis zwischen Vertreter und Vertretenen voneinander zu trennen sind, ist nach dem unstreitigen Vortrag der Parteien davon auszugehen, dass zwischen dem Kläger und dem Beklagten ein direktes Rechtsverhältnis, insbesondere ein Geschäftsbesorgungsvertrag nicht zustande gekommen ist und der Kläger deshalb Schadenersatzansprüche wegen Verletzung vertraglicher Pflichten nicht gegenüber dem Beklagten geltend machen kann.

Die Klage war deshalb mangels einer Aktivlegitimation aufseiten des Klägers abzuweisen.

Etwaige Ansprüche wegen Schlechterfüllung eines Geschäftsbesorgungsvertrages können nach den tatsächlichen Umständen dieses Falles lediglich dem Hauptbevollmächtigten – Rechtsanwalt H. – gegenüber dem Beklagten oder dem Kläger gegenüber seinem Hauptbevollmächtigten zustehen, der sich ein etwaiges Verschulden seines Unterbevollmächtigten gegebenenfalls zurechnen lassen müsste.

Auf die zwischen den Parteien streitige Frage, ob dem Beklagten hinsichtlich seiner Beratung im Termin vom 18.3.1999 ein Beratungsfehler zur Last gelegt werden kann, kommt es deshalb nicht an.

Soweit der Kläger in der Berufungserwiderung erstmals eine angeblich unbestrittene Weisung des Beklagten durch den Hauptbevollmächtigten behauptet hat, eine Entscheidung nach Maßgabe des Klageantrages herbeizuführen, bzw. erklärt hat, dem Beklagten sei bei Übertragung der Terminvertretung nicht das Recht zum Vergleichsabschluss eingeräumt worden, ist dieser Vortrag auch unsubstantiiert.

Ein ausdrückliches Verbot, einen Vergleich abzuschließen, lässt sich weder der vorgelegten Korrespondenz noch dem Vortrag des Klägers selbst entnehmen. **Fehlt es jedoch an einem ausdrücklichen Verbot, gehört der Abschluss eines Vergleichs zu den üblichen Handlungen eines Prozessvertreters, zu denen dieser auch ohne ausdrückliche entsprechende gegenteilige Weisung berechtigt ist.**

Der bloße Hinweis im Schreiben vom 17.3.1999, im Termin sei lediglich der Antrag wie in der Sitzung vom 24.9.1998 zu stellen, beinhaltet jedenfalls nicht die ausdrückliche Weisung, keinerlei andere prozessuale Erklärung abzugeben.

GI Hinweise

Insolvenz des Schuldners

Die Insolvenz des Schuldners war und ist für ungesicherte Gläubiger mit einem erheblichen oder gar totalen Forderungsausfall verbunden. Die Insolvenzordnung hat diese Situation durch die Möglichkeit der Restschuldbefreiung, durch besondere Regelungen im Verbraucherinsolvenz- und im Insolvenzverfahren noch verschärft. Mehr denn je muss daher der Gläubiger bereits im Vorfeld der Insolvenz und im laufenden Verfahren richtig reagieren.

Das neue Handbuch zeigt, wie sich die Rechte des Gläubigers bei Insolvenz des Schuldners optimal durchsetzen lassen. Das materielle Recht, insbesondere das Vertragsrecht und die Durchsetzung bestehender Sicherheiten, bildet einen weiteren Schwerpunkt dieses ganz auf die Interessen des Gläubigers zugeschnittenen Werkes. Schaubilder, Checklisten, Fallbeispiele und Musterformulierungen helfen bei der praktischen Umsetzung der Ansprüche. Das Handbuch ist hilfreich bei Forderungen aus Kauf, Miete, Pacht, Leasing, Inkasso-, Bank- und Versicherungsverträgen sowie Dienst- und Werkverträgen.

Dr. Martin Gogger: Insolvenzgläubiger-Handbuch – Verlag C.H. Beck, 2002, XXIV, 333 Seiten, in Leinen, 50,- €, ISBN 3-406-48331-3

Die Schuldrechtsreform – umgesetzt für die Praxis

Das neue Handbuch stellt systematisch die Änderungen durch die Schuldrechtsreform dar, die mit Übersichten, Checklisten und Fallbeispielen für die Beratungspraxis erläutert werden. Dabei wird besonderes Gewicht auf die Auswirkungen in der Vertragspraxis gelegt, die sich nicht auf den Grundstückskauf- und Bauträgervertrag beschränken, sondern auch für das Gesellschaftsrecht und das Familien- und Erbrecht Bedeutung haben.

Formulierungsvorschläge für einzelne Vertragstypen helfen dem Notar und Vertragsjuristen, schnell die maßgeblichen Änderungen und Gestaltungsmöglichkeiten zu überblicken, wenn er ab dem 1.1.2002 einen Vertrag nach dem neuen Recht beurkundet.

Dr. Hermann Amann, Prof. Dr. Günter Brambring, Christian Hertel, LL.M.: Die Schuldrechtsreform in der Vertragspraxis – Verlag C.H. Beck, 2002, XIV, 574 Seiten, kartoniert, 45,- €, ISBN 3-406-48603-7

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

Heft 1-6/2002

Abfindungsvergleich

- Belehrung durch RA 2002, 57, 133
- Geschäftsgrundlage 2002, 57

Abtretung

- > des Honoraranspruchs 2002, 30

Amtspflichtverletzung

- Rechtsauffassung, vertretbare 2002, 53

Anderkonto

- Beschlagnahme von Unterlagen 2002, 53

Anlageberatung

- Abgrenzung 2002, 125
- = > zur Steuerberatung

Anwaltsvertrag

- RA und Aufsichtsrat 2002, 81

Aufsichtsrat

- Anwaltstätigkeit des > 2002, 81

Auskunftsvertrag

- Abschluss, stillschweigender 2002, 48
- = Auskunft an Kreditgeber 2002, 48
- = BWA

Belehrungspflicht des RA

- Abfindungsvergleich 2002, 57, 133
- Anspruch gg. Dritte 2002, 82
- Prozessauftrag 2002, 38
- = Erfolgsaussichten 2002, 38
- = Rechtsschutzzusage, Widerruf

Belehrungspflicht des StB/WP

- Anlageobjekt 2002, 125
- = Weitergabe von Prospekten
- Auftragsinhalt 2002, 139
- = Beratungsleistungen 2002, 139
- = Honorarnote
- Belehrungsbedürftigkeit, fehlende 2002, 145
- = Einspruchsrücknahme, Wirkung der >
- = Sachkunde, eigene 2002, 145
- Produktionsverluste 2002, 139
- Umsatzprovisionen, vGA

Berufungsbegründungsfrist

- Verlängerungsantrag 2002, 36
- = >, erster 2002, 36
- Wiedereinsetzung

Beschlagnahmeverbot, § 97 StPO

- Anderkonto 2002, 53
- Wiederaufnahmeverfahren 2002, 30

Beweislast

- (s. auch Darlegungslast)
- Auftragsumfang 2002, 15
- Schaden 2002, 5
- = Beweisvereitelung durch StB 2002, 15
- Steuerberatungsvertrag

Darlegungslast

- (s. auch Beweislast)
- Investitionszulageschaden 2002, 46
- Schaden, § 287 ZPO 2002, 5
- = Anknüpfungstatsachen 2002, 5
- = Beweisvereitelung durch StB

Dienstvertrag

- Werkvertrag 2002, 117
- = Abgrenzung 2002, 117
- = Aufteilung

Dritthaftung

- Auskunftsvertrag, stillschweigender 2002, 48
- = Auskunft an Kreditgeber 2002, 48
- = BWA 2002, 48
- BWA, fehlerhafte 2002, 44
- Sachverständiger, gerichtlicher
- Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter 2002, 9
- = Behördenentscheidung 2002, 9
- = Gutachten

Falschbeurkundung im Amt, § 348 StGB

- Sprachkunde 2002, 63

Fristenkontrolle

- Ausgangskontrolle 2002, 81
- = Telefax

Gerichtsstand

- Gerichtsstandsvereinbarung, § 36 Abs. 1 Nr. 3 ZPO 2002, 99

Gesamtschuld/-schuldner

- Vertragsschuldner und Notar 2002, 99

Gewerbebetrieb

- Eingriff in > 2002, 9

Gewinnausschüttung, verdeckte

- Belehrung des GmbH-Geschäftsführers 2002, 139
- Beratungsauftrag 2002, 139
- Umsatzprovisionen 2002, 139

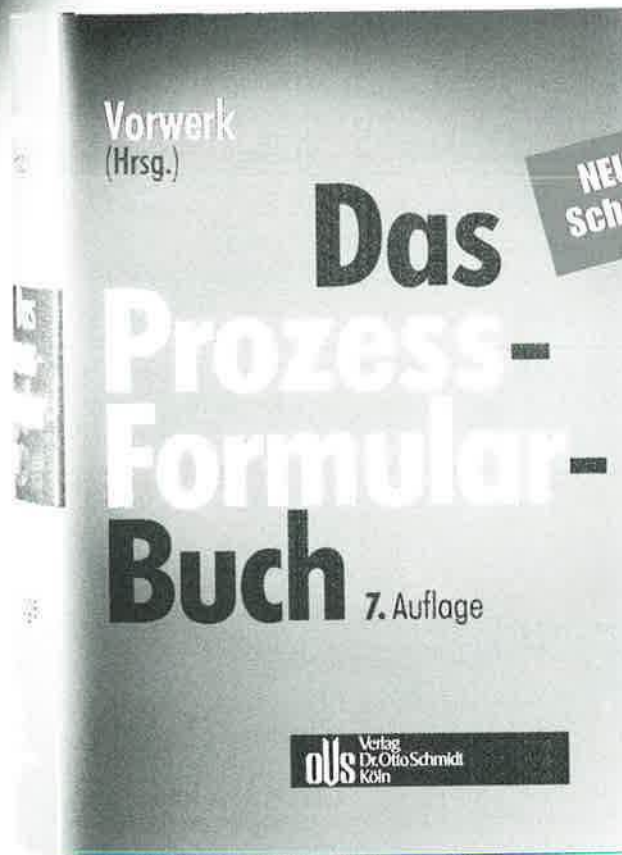
GI Aktuell

- Abfindung 2002, 55, 106
- = Zusatzleistung
- Beschäftigung, geringfügige 2002, 132
- = Wegfall der Steuerfreiheit
- Eigenheimzulage 2002, 56
- = Genossenschaftsanteile
- Einbringung 2002, 29
- = Übergangsgewinn
- Einkommensteuer 2002, 56
- = Ferienwohnung
- Erbschaftsteuer 2002, 3
- = Verfassungsmäßigkeit
- Gewerbesteuer 2002, 55
- = RA als Insolvenzverwalter 2002, 80
- Grundstückshandel, gewerblicher
- Haustürgeschäft 2002, 107
- = Widerrufsrecht

BGH v. 19.4.2001 – I ZR 46/99 = MDR 02, 239	2002, 133	OLG Rostock v. 20.4.2000 – 1 U 175/98 – OLG-Report 01, 194	2002, 44
BGH v. 25.5.2001 – 2 StR 88/01 = wistra 01, 390	2002, 63	OLG Stuttgart v. 15.6.2001 – 2 U 4/01 = OLG-Report 02, 14	2002, 81
BGH v. 26.6.2001 – X ZR 231/99	2002, 9	OLG Stuttgart v. 1.8.2001 – 20 U 55/01	2002, 142
BGH v. 28.6.2001 – 1 StR 198/01 = wistra 01, 395	2002, 30	OLG Zweibrücken v. 16.11.200 – 4 U 286/99 = OLG-Report 01, 261	2002, 145
BGH v. 18.9.2001 – VI ZA 26101	2002, 36	LG Berlin v. 20.12.2000 – 11 O 268/00	2002, 46
BGH v. 18.9.2001 – XI ZR 321/00 = DStR 01, 2084	2002, 78	LG Berlin v. 18.7.2001 – 22 O 181/01	2002, 75
BGH v. 25.9.2001 – VI ZA 6/01	2002, 34	LG Chemnitz v. 2.7.2001 – 4 Qs 13/01 = wistra 01, 399	2002, 53
BGH v. 27.9.2001 – IX ZR 281/00	2002, 5	LG Cottbus v. 2.5.2001 – 1 S 42/01 = Kammer-Report DStR 01, Beihefter zu Heft 36	2002, 4
BGH v. 11.10.2001 – III ZR 182/00 = DStR 01, 2082	2002, 78	LG Darmstadt v. 12.10.2001 – 17 O 60/01	2002, 100
BGH v. 11.10.2001 – III ZR 288/00	2002, 108	LG Flensburg v. 9.11.2001 – 4 O 370/00	2002, 125
BGH v. 8.11.2001 – IX ZR 64/01	2002, 57	LG Hanau v. 17.11.2000 – 1 O 401/090	2002, 102
BGH v. 13.11.2001 – XI ZR 82/01	2002, 2	LG Koblenz v. 29.6.2001 – 10 StL 1/01 = Kammer-Report DStR 01, Beihefter zu Heft 36	2002, 4
BGH v. 29.11.2001 – I ZR 278/00	2002, 82	LG Köln v. 28.2.2002 – 24 O 249/01	2002, 147
BGH v. 6.12.2001 – I ZR 316, I ZR 11/99, I ZR 14/99 + I ZR 214/99	2002, 28	LG Neuruppin v. 20.7.2001 – 4 S 50/01	2002, 151
BGH v. 17.2.2002 – VII ZB 32/01	2002, 138	LG Oldenburg v. 13.4.2000 – 8 O 140/97	2002, 48
BGH v. 21.2.2002 – IX ZR 127/00	2002, 134	LG Stuttgart v. 21.5.2001 – 23 O 68/01	2002, 17
BGH v. 9.4.2002 – XI ZR 91/99	2002, 107	BFH v. 6.2.2001 – VII B 277/00 = wistra 01, 354	2002, 53
OLG Braunschweig v. 3.9.2001 – 7 U 133/00	2002, 97	BFH v. 14.8.2001 – XI R 22/00	2002, 55
OLG Düsseldorf v. 28.9.1999 – 24 U 214/98, rkr.	2002, 78	BFH v. 13.9.2001 – IV R 13/01	2002, 29
nach Nichtannahmebeschl. d. BGH v. 22.2.2001 – IX ZR 361/99 = OLG-Report 01, 519		BFH v. 27.9.2001 – V R 32/00	2002, 3
OLG Düsseldorf v. 15.3.2001 – 10 U 189/99	2002, 13	BFH v. 19.10.2001 – VI R 131/00	2002, 29
OLG Düsseldorf v. 6.7.2001 – 24 U 211/00	2002, 38	BFH v. 6.11.2001 – IX R 97/00	2002, 56
OLG Düsseldorf v. 6.7.2001 – 24 U 214/00	2002, 121	BFH v. 10.12.2001 – GrS 1/98	2002, 80
OLG Düsseldorf v. 7.9.2001 – 23 U 34/01	2002, 139	BFH v. 12.12.2001 – XI R 56/00	2002, 55
OLG Düsseldorf v. 19.10.2001 – 23 U 29/01	2002, 31	BFH v. 15.1.2002 – IX R 55/00	2002, 56
OLG Düsseldorf v. 6.11.2001 – 23 U 27/01	2002, 72	BFH v. 23.1.2002 – XI R 10 + 11/01	2002, 132
OLG Düsseldorf v. 20.11.2001 – 23 U 20/01	2002, 114	BFH v. 24.1.2002 – XI R 2/01	2002, 106
OLG Düsseldorf v. 20.11.2001 – 23 U 21/01	2002, 93	BFH v. 26.3.2002 – VI B 1/02	2002, 132
OLG Düsseldorf v. 20.11.2001 – 23 U 26/01	2002, 117		
OLG Düsseldorf v. 20.12.2001 – 23 U 49/01	2002, 65		
OLG Hamburg v. 7.3.2001 – 8 W 67/01 = OLG-Report 01, 381	2002, 98	FG Düsseldorf, Urt. v. 11.4.2001 – 18 K 7170/97 E = EFG 2001, 944 – Revision: BFH – IV R 37/01	2002, 4
OLG Hamm v. 23.2.2001 – 20 U 125/00 = OLG-Report 02, 23	2002, 81	LAG Köln v. 29.6.2001 – 11 Sa 143/01 = MDR 02, 221	2002, 133
OLG Hamm v. 22.11.2001 – 28 U 16/01 = BB 02, 370	2002, 90	Sächsisches LAG v. 23.1.2001 – 1 Sa 570/00	2002, 18
OLG Karlsruhe v. 31.10.2000 – 7 U 269/96 = OLG-Report 01, 445	2002, 133	AG Meinerzhagen v. 9.8.2000 – 4 C 196/00	2002, 24
OLG Koblenz v. 3.7.2001 – 3 U 941/00 = OLG-Report 01, 46	2002, 30	Anwaltsgericht Berlin v. 30.7.1997 – 2 AnwG 17/96	2002, 129
OLG Köln v. 29.1.2001 – 5 W 114/00	2002, 99		
OLG München v. 18.1.2001 – 29 U 2962/00 = DStR 01, 1183	2002, 53		
OLG München v. 25.1.2001 – 1 U 4362/00 = OLG-Report 01, 321	2002, 41		
OLG Naumburg v. 30.11.1999 – 1 U 87/99, rkr. nach Nichtannahmebeschl. d. BGH v. 4.12.2000 – II ZR 376/99 = OLG-Report 02, 30	2002, 81		

Das bringt Sie in Form.

Vorwerk (Hrsg.),
Das Prozessformularbuch.
Herausgegeben von RA beim
BGH Dr. Volkert Vorwerk.
Bearbeitet von 36 erfahrenen
Praktikern. 7., überarbeitete
Auflage 2002. RdSt. 1000
Seiten Lexikonformat.
inkl. CD-ROM
ISBN 3-504-07015-3
Erscheint im Juli 2002



**NEU: mit ZPO- und
Schuldrechtsreform!**

otto-schmidt.de

Das Handbuch, das Sie auch nach neuer Rechtslage wieder sicher durch das Labyrinth des Zivilprozessrechts führt. Mit über 1.000 kommentierten Mustern für Schriftsätze und Anträge, samt kosten- und gebührenrechtlicher Anmerkungen. Hilfreiche Hinweise und Praxistipps zu Strategie und Taktik, Checklisten für den reibungslosen Ablauf des Mandats. Für das allgemeine wie für besondere Verfahren. Von der Klagevermeidung über die Prozessführung bis zur Zwangsvollstreckung. Und alle Muster haben Sie zugleich auch auf CD. Das bringt selbst erfahrene Anwälte völlig neu in Form.

Bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder beim Verlag Dr. Otto Schmidt
Postfach 51 10 26 · 50946 Köln

BESTELLSCHEIN Fax: 02 21 / 9 37 38 - 943

☒ Ich bestelle mit 14-tägigem Rückgaberecht Vorwerk (Hrsg.)

Das Prozessformularbuch 7. Auflage, gbd., inkl. CD 99,- €

Preisstand: Mai 2002. ISBN 3-504-07015-3. Erscheint im Juli 2002

Name _____

Straße _____

PLZ _____ Ort _____

Datum _____ Unterschrift _____

Verkehrs- und Prozessanwalt:
Pflichtenkreise • Fallbezogene
Berufungsbegründung • Überweisung
auf Geschäftskonto statt auf Sonder-
konto (BGH);
Steuerberaterhaftung: Belehrung
bei Investitionszulageantrag • Kausa-
lität • Kosten des Strafverfahrens
(OLG Hamm);
Unterhaltsklage: Abschreibungen •
Personalkosten • Vorsorgeaufwand
(OLG Köln);

Prüfung des Jahresabschlusses: Unter-
schlagungen des Finanzprokuristen •
Stichprobenprüfungen • Organisa-
tionsfehler beim mandanteninternen
Kontrollsystem (OLG München);
Steuerberaterhaftung: Darlegungslast
und Schätzungsschaden • Kein Vor-
schuss, keine Arbeit • Steuerberater-
kosten im Prozess (LG Berlin)

und aktuelle Entscheidungen,
die von besonderer Bedeutung sind



Die GI im Monat Juni 2002 zeigt
Ihnen die fünf Durchführungswege
der betrieblichen Altersversorgung
auf einen Blick.
Mittlerweile ist die betriebliche
Altersversorgung ein ganz wesent-
licher Bestandteil der sozialen
Sicherung der Arbeitnehmer, da die
gesetzliche Rentenversicherung nur
noch eine Grundversorgung bieten
kann.

Neben humanitären Gesichtspunkten
gibt es auch eine Reihe von wirt-
schaftlichen Aspekten, die für die
Einrichtung einer betrieblichen
Altersversorgung sprechen.

Sie ist ein wirksames Mittel, dem
Unternehmen im Wettbewerb auf
dem Arbeitsmarkt die erforderlichen
qualifizierten Arbeitskräfte zu
sichern. Sie wirkt Fluktuation ent-
gegen und fördert zudem ein gutes
Betriebsklima.

Nutzen Sie die beigelegte Fax-
Antwort und fordern Sie unsere
Experten zur betrieblichen Alters-
versorgung an. Lassen Sie sich
den für Ihre Praxis bzw. Kanzlei
und für Ihre Mitarbeiter optimalen
Durchführungsweg zur betrieblichen
Altersversorgung vorstellen.
Wir beraten Sie gerne.

IMPRESSUM

GI Gerling Informationen für
wirtschaftsprüfende, rechts-
und steuerberatende Berufe
ISSN 1430-550 X

Herausgeber:

Gerling
Marketing Freie Berufe
50597 Köln
Telefon: (02 21) 1 44-53 54
Telefax: (02 21) 1 44-51 55

Redaktion:

Dr. Jürgen Gräfe, Rechtsanwalt,
Fachanwalt für Steuerrecht
(verantwortlich für den Inhalt)

Erscheinungsweise:

12-mal im Jahr, jeweils am
10. des Monats

Verlag:

Verlag Dr. Otto Schmidt KG,
Unter den Ulmen 96-98, 50968 Köln

Layout und Satz:

Type Connection,
Lechenicher Str. 29, 50374 Erftstadt

Druck:

Westholsteinische Verlagsdruckerei
Boyens & Co.,
Wulf-Isebrand-Platz 1-3, 25746 Heide

Bezugsmöglichkeiten:

Nur im Jahresabonnement.
Preis: € 59,92 jährlich inklusive
Mehrwertsteuer und Versandkosten.
Die Postgebühren sind jeweils ein-
geschlossen. Bestellungen nimmt
der Herausgeber entgegen.